

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Verfassungswidrig!

2

Hänsel und Gretel im Lockdown

12

Schwarzenbachologie

16

Am Rhein bei Eglisau ZH
Bild: Hans Keller, Wiesendangen ZH



Aktionismus im Nationalrat

Verfassungswidrig!

von Gregor Rutz, lic. iur., Nationalrat, Zürich, Mitglied der Staatspolitischen Kommission

Ginge es nach der Mehrheit des Nationalrats, soll der Staat direkt in private Verträge eingreifen und eine zwangsweise Senkung der Mietzinse bis zu einem bestimmten Maximalbetrag verfügen. Dass dieser Eingriff verfassungswidrig ist, befand die Ratsmehrheit als wenig relevant. Ebenso scheint es viele Parlamentarier nicht zu kümmern, dass der Beschluss zu massiver Rechtsunsicherheit führt, da viele Mietparteien bereits anderslautende Vereinbarungen getroffen haben. Die angestrebte Zwangsregelung könnte zudem kaum vor 2022 in Kraft treten.



Aktionismus ist angesagt in Bundesbern – Flurschäden werden bereitwillig in Kauf genommen. Ein schlechtes Zeugnis für die neuen Parlamentsmehrheiten.

Das neue Corona-Virus stellte die Welt innert weniger Wochen auf den Kopf. Am 16. März erklärte der Bundesrat die «ausserordentliche Lage». Fortan steuerte Bundesbern

das ganze Land zentral; die Kantone hatten nur noch eingeschränkte Kompetenzen. Freiheitsrechte wurden eingeschränkt, politische Prozesse heruntergefahren, die Wirtschaft faktisch lahmgelegt. Solche Situationen sind für die Wirtschaft, vor allem aber auch für den Rechtsstaat und die Demokratie, eine enorme Bedrohung. Darum darf die Situation nicht nur aus gesundheitspolitischer Sicht betrachtet werden: Auch eine wirtschaftliche und vor allem eine staatspolitische Analyse drängen sich auf.

Polizeigeneralklausel und Epidemiengesetz

Die ausserordentliche Lage rief der Bund gestützt auf Art. 185 der Bundesverfassung (Polizeigeneralklausel) sowie das Epidemiengesetz (EpG) aus. Daraufhin verfügte er Massnahmen, welche beträchtliche Eingriffe in Grundrechte zur Folge hatten. Damit bewegt er sich sowohl politisch als auch juristisch auf dünnem Eis. Die genannten verfassungsmässigen

und gesetzlichen Grundlagen geben dem Bund nämlich nicht generelle Vollmachten, wie immer wieder behauptet wird: Sie erlauben einzig die gezielte und direkte Bekämpfung der drohenden Gefahren – also des neuen Corona-Virus.

So bezweckt das Epidemiengesetz, «den Ausbruch und die Verbreitung übertragbarer Krankheiten zu verhüten und zu bekämpfen» (Art. 2 EpG). Die COVID-19-Verordnung 2 des Bundesrates wiederum umfasst Massnahmen, um die Verbreitung des Corona-Virus in der Schweiz zu verhindern oder einzudämmen, die Häufigkeit von Übertragungen zu reduzieren, um besonders gefährdete Personen zu schützen sowie die Kapazitäten der Schweiz zur Bewältigung der Epidemie sicherzustellen (Art. 1 Covid-19-Verordnung 2). All dies soll der direkten und gezielten Bekämpfung des Virus dienen.

Diese Bestimmungen sowie die polizeiliche Generalklausel sind notfallmässige Ersatzgrundlagen, die nur in Fällen ernster, unmittelbarer und nicht anders abwendbarer Gefahr gelten. Die Massnahmen, welche die öffentliche Hand auf dieser Grundlage trifft, müssen immer verhältnismässig sein.

Keine Legitimation für jedwelchen Eingriff

Notstandssituationen sind gefährlich: Krisen, Kriege oder Katastrophen fordern den Rechtsstaat heraus. Die Abläufe der Gesetzgebung benötigen oft viel Zeit. Darum behilft man sich in solchen Situationen mit Notrecht: Der Regierung werden weitgehende Befugnisse übertragen. Doch auch wenn eine Notlage herrscht, gelten die verfassungsmässigen Rechte.

So auch der Schutz des Privateigentums: Notrecht legitimiert nicht automatisch jeden entschädigungslosen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit und das Privateigentum. In «schweren Mangellagen, denen die Wirtschaft nicht selbst zu begegnen vermag» (Art. 102 BV) können aufgrund des Landesversorgungsgesetzes (LVG) z.B. Geschäftsräume oder Transportfahrzeuge requiriert oder Betriebsschliessungen angeordnet werden. Hierfür sieht Art. 38 LVG aber Abgeltungen vor. Eine ähnliche Regelung enthält das Enteignungsgesetz, welches in Art. 16 EntG eine «volle Entschädigung» bei Enteignungen vorsieht.

SCHUMACHER IMMOBILIEN⁺
mehrwert machen



„Wir bieten Dienstleistungen rund um Grundstücke, Immobilien und deren Planung an.“

Hugo Schumacher
4542 Luterbach
032 682 03 88
www.schumacher-immobilien.ch

Dies alles dokumentiert: In Art. 185 BV geht es nicht um Fragen der Staatsräson, sondern schlicht um das Problem fehlender Vorausssehbarkeit und das Erfordernis raschen Handelns – so auch die herrschende Lehre und diverse aktuelle Gutachten.

Entschädigungsfrage steht im Raum

Im Gegensatz zum LVG oder zum EntG sieht das EpG keine vergleichbaren Abgeltungen vor. Die Bestimmungen von Art. 63 ff. EpG beziehen sich auf Einzelpersonen oder Sachverhalte aus dem medizinischen Bereich. Diese Gesetzeslücke erweist sich als folgenschwer. Denn neben Ladenlokalen und Restaurants, welche derzeit mit den Vermietern über die Kosten der Zwangsschliessungen streiten, stehen die Spitäler im Fokus. Diese betrieben im Hinblick auf die Vermeidung möglicher Engpässe bei der Behandlung von Covid-19-Patienten einen beträchtlichen Mehraufwand für entsprechende Vorhalteleistungen. Um die nötigen Behandlungskapazitäten sicherzustellen, untersagte der Bundesrat am 17. März die Durchführung von Wahleingriffen und nicht dringlichen Therapien bis zum 26. April 2020. Da die Spitäler im fraglichen Zeitraum nur dringliche Behandlungen durchführen durften, müssen sie bis Ende Jahr mit Ertragsausfällen in Milliardenhöhe rechnen. Es drohen Liquiditätsengpässe, und die Kantone müssen Massnahmenpakete für die Spitäler schnüren, um die Versorgungsstrukturen sicherzustellen.

LACHEN VERBOTEN!

De Konrädli chonnt bi dene Rechnige eifach nid druus. «Aber Konrädli», säät de Lehrer, «woni so alt gsii bi wie du, hani da denn chönne.» Druf mäant de Konrädli: «Joo, denn hend Eer welewäg au de besser Lehrer gha.»



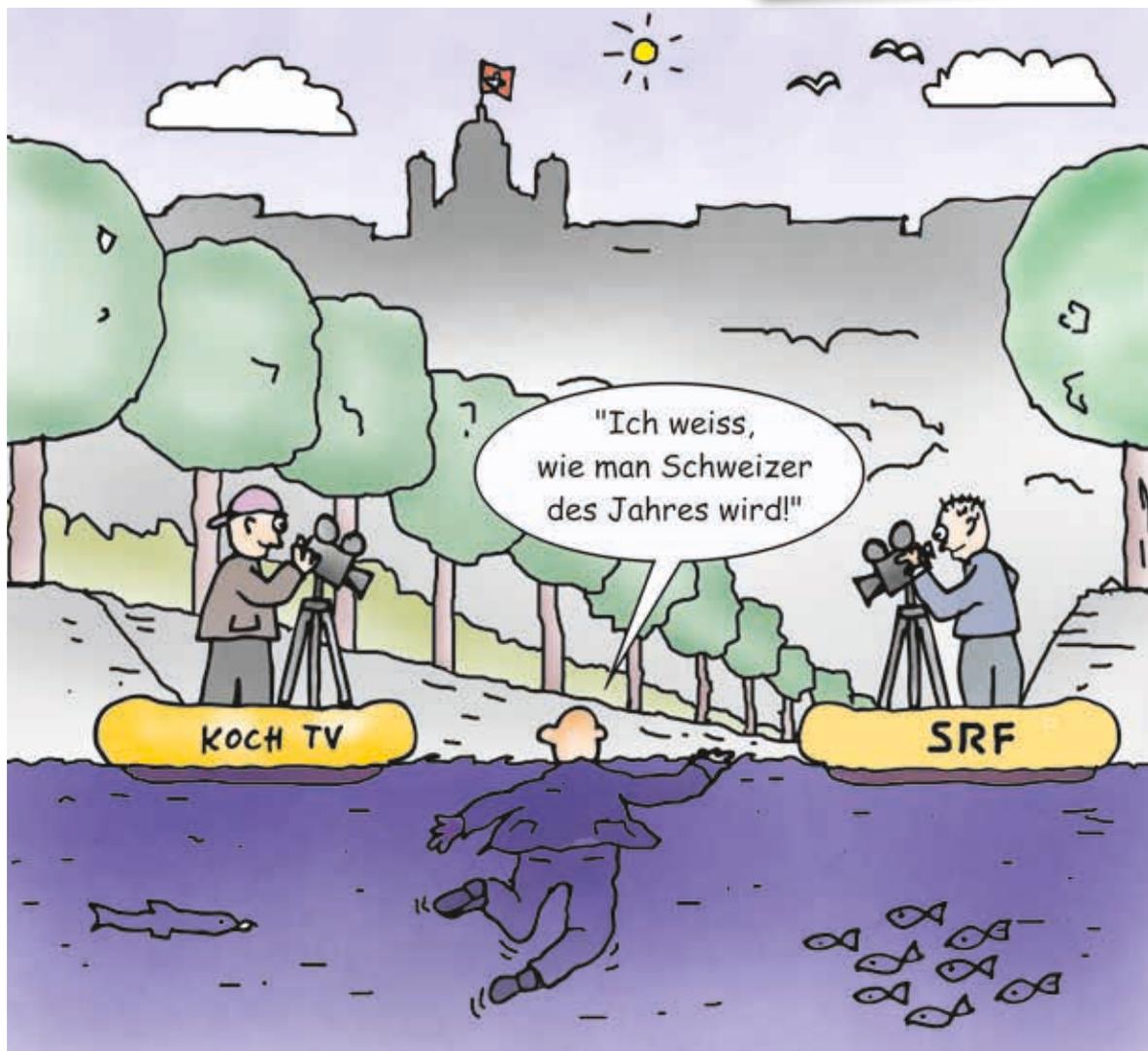
Bund steht in der Pflicht

Der Staat ist selbstverständlich keine Vollkaskoversicherung – und er hat auch kein eigenes Geld. Dies ist bei der Diskussion von Massnahmen zur Krisenbekämpfung stets zu beachten. Trotzdem: Wo der Bund eingreift, steht er in der Verantwortung. Es kann nicht sein, dass Eingriffe in Grundrechte wie das Privateigentum und die Wirtschaftsfreiheit entschädigungslos erfolgen können. Was die Befürworter einer kürzlich eingereichten Motion übersehen: Ebenso wie der Bund – immerhin gestützt auf das EpG – mit den Betriebsschliessungen einen erheblichen Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit und die Eigentumsfreiheit zu verantworten hat, nehmen die Motionäre – dieses Mal ohne Verfassungsgrundlage! – mit der zwangsweisen Anordnung von Mietzinserslassen einen Eingriff in die Wirtschafts- und die Eigentumsfreiheit vor.

Fortsetzung auf Seite 5

Ein mediengemachter Held inszeniert sich selbst.

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



Zerfallerscheinungen in «Europa»



Die Festigung der durch die USA, China und Russland angeführten tripolaren Weltordnung hat sich (im Geschäftsjahr 2019/2020) fortgesetzt. Die Bekämpfung der sich ausbreitenden COVID-19-Pandemie verdeckt kurzfristig die Machtansprüche dieser Grossmächte. Gleichzeitig offenbaren die Bekämpfung und die Folgen der Pandemie deutlich deren Verletzbarkeit und gegenseitige Abhängigkeit.

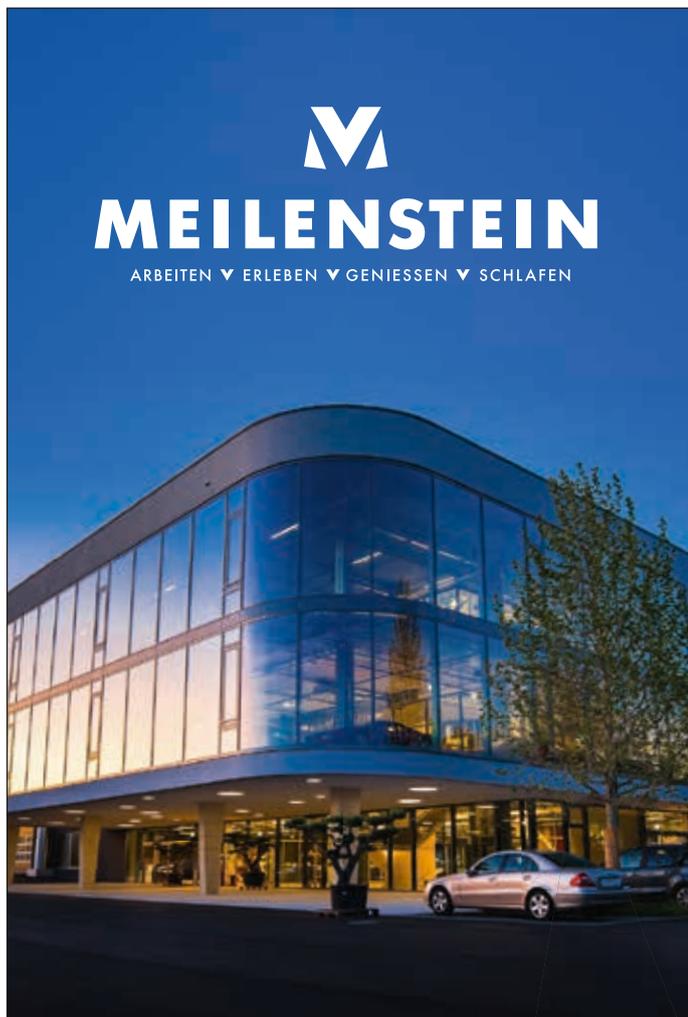
Die weltweiten Risiken nehmen zu, denn durch einen frühzeitigen Erfolg in der Bekämpfung des neuartigen Virus könnte einer dieser Akteure versuchen, die Gunst der Stunde und die relative Schwäche des Gegners für sich zu nutzen. Das Potential für wirtschafts- und fiskalpolitische, aber auch militärische Konflikte erhöht sich dadurch. **Das bröckelnde «Europa» unter der richtungslosen Führung und schonungslosen Demaskierung der zuvor laut gepriesenen europäischen Solidarität wird im Nachgang der Corona-Krise Nationalismus und Sezessionsbegehren befeuern.**

Die mehrheitlich unter der Feder- und Meinungsführung der Virologen und Epidemiologen eingeschlagenen Bekämpfungsstrategien haben einen paradoxen Generationenkonflikt erzeugt: Der Schutz der älteren Generation wird auf Kosten der jüngeren Generation erkaufte, welche wiederum heute vom erarbeiteten Wohlstand der älteren Generation lebt. Der krampfhaftige Versuch, mit einem «Lockdown» die Rückkehr zur Normalität zu erreichen, wird immensen wirtschaftlichen Schaden mit sich bringen. Erstmals seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre werden nun die Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer gleichzeitig in eine Rezession fallen. Die forcierte Globalisierung und die Auslagerung von Wertschöpfungsbereichen in der Vergangenheit haben in der Corona-Krise die Risiken globaler Wertschöpfungsketten in ganzer Breite offengelegt.

Beständigkeit, Vertrauenswürdigkeit und Zuverlässigkeit sowie regionale Verankerung gewinnen in der Krise weiter an Bedeutung. Sie bilden die Vertrauensbasis für bestehende und künftige geschäftliche und politische Beziehungen.

Dr. Markus Blocher

*Vorsitzender der Geschäftsleitung und VR-Präsident
der Dottikon ES (Exklusive Synthesis) Holding AG;
Auszüge aus dem Geschäftsbericht 2019/2020*



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billiard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch

Fortsetzung von Seite 3

Darum ist es falsch, wenn nun die Vermieter in Fragen von Betriebsschliessungen geradestehen sollten: Die Ursache für die Störung im Gebrauch der Mietsache liegt nicht in einer fehlerhaften Leistung des Vermieters, sondern vielmehr an der Tatsache, dass behördliche Anordnungen dem Mieter verunmöglichen, seinem Geschäft wie gewollt nachzugehen. Für den Vermieter ist es unmöglich, die durch die behördlichen Verbote bewirkte Störung des eingemieteten Betriebs zu beseitigen. Darum fehlt es an einer Grundlage für die Herabsetzung des Mietzinses wegen Mangelhaftigkeit der Sache. Dass das Bundesamt für Justiz der zuständigen Parlamentskommission offenbar mitgeteilt hat, die kritisierte Motion stelle aus juristischer Sicht kein Problem dar, wirft ernsthafte Fragen über die Seriosität dieses von der Kommissionsberichterstatteerin erwähnten Gutachtens auf.

Verfassungswidrige Kompetenzüberschreitung

Sollte das Parlament tatsächlich beschliessen, die Vermieter zu zwingen, auf einen substantiellen Teil der Miete zu verzichten, ist dies verfassungswidrig: Weder Parlament noch Bundesrat können sich auf eine verfassungsmässige Kompetenz für einen solchen Eingriff berufen.

Kommt hinzu: Die vom Nationalrat beschlossene Vorlage ist ein klassisches Eigengoal. Die Vermieter, welche Eigenverantwortung übernommen und zusammen mit ihren Mietern eine einvernehmliche Lösung gesucht haben, werden vor den Kopf gestossen. Diejenigen Mieter wiederum, welche dringend eine Lösung benötigen, sehen sich mit einer zweijährigen Rechtsunsicherheit konfrontiert: Bis 2022 wissen sie nicht, was nun gilt.

Den grössten Schaden aber trägt der Rechtsstaat: Ein Parlament, das sich über die Landesverfassung hinwegsetzt, Enteignungen vornimmt und privatrechtliche Verträge eigenmächtig abändert, würde man eher einer südländischen Diktatur zuordnen als einer modernen westlichen Demokratie. Immerhin besteht die Aussicht, dass der Bundesrat – oder letztlich der Souverän – im Rahmen einer Referendumsabstimmung dieses Verdikt noch korrigieren können.

Gregor Rutz



Ihr Inserat
in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Häusliche Gewalt



In der Schweiz nimmt häusliche Gewalt zu – gemäss auf Polizeirapporte abgestützter Medienberichte sogar drastisch. Eruierte Mehrfach-Täter sind gewisser Überwachung unterstellt worden. Auch diese Überwachungen werden – nicht zuletzt im Blick auf gezielte, Verbrechen verhindernde Vorbeugemassnahmen – statistisch genau erfasst.

Die Statistik bestätigt, was man von Gemeindebehörden seit längerer Zeit erfahren kann: Der Ausländeranteil an Tätern häuslicher Gewalt ist dramatisch hoch. 79 Prozent der wiederholt wegen häuslicher Gewalt belangten und deshalb überwachten Täter sind Ausländer.

Ist, wer an diese statistisch belegbare Tatsache erinnert, ein Rassist?

Bei den Exponenten der gegenwärtig durch Strassen und über Plätze schreienden, mediengehächelten, Corona-Regeln unter Applaus selbst von Regierungsmitgliedern aufs grösste verletzenden sog. «Anti-Rassismus-Manifestanten» ist eine Forderung besonders populär: Es dürfe gegen (andersfarbige) Ausländer nicht mehr Polizei eingesetzt werden als gegen eigene Bürger. Die – vor allem von Ausländern verschuldete – Zunahme häuslicher Gewalt illustriert die Hohlköpfigkeit dieser Strassenschreier. Soll die Polizei etwa, wenn häusliche Gewalt eine ausländische Familie bedroht, nur noch für jeden dritten Fall ausrücken? Allenfalls nur gegen Ausländer weisser Hautfarbe?

Spalte
rechts

Niemand wird staatlich oder gesellschaftlich gezwungen, kriminell zu werden. Wer Verzicht auf Polizeieinsatz fordert, soll dafür sorgen, dass Verbrechen und Verbrecher verschwinden. Zum Beispiel, indem Verbrecher – und zwar alle Verbrecher – konsequent verfolgt und Täter angemessen bestraft werden. Und indem ausländische Täterschaft nach verbüssteter Strafe konsequent ausgewiesen wird, wie das die vom Volk – ohne Unterstützung der lautstarken Strassenschreier – angenommene Ausschaffungsinitiative ausdrücklich verlangt. Oder, noch wirksamere Prävention: Indem genau kontrolliert wird, wer in unser Land kommen will – wobei all jene, die mit unwahren Angaben einschleichen wollen, systematisch abgewiesen werden.

Mit einem Ja zur Begrenzungs-Initiative würde wirksamste Verbrechensprävention geleistet. Aber davon wollen Medien und Strassenschreier nichts wissen.

Ulrich Schlierer

Antifa verbieten?

Blut und Steine

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die Kuschelpolitik der selbsternannten Zivilgesellschaft mit der Antifa – einer linken Blut-und Steine-Organisation – ist ein Problem. Und dessen Lösung.



«Antifa» ist ein Oberbegriff für linksextreme, militante Gruppen. Die Inlandgeheimdienste mehrerer Staaten ordnen autonome Antifagruppen dem Linksextremismus zu und beobachten einige davon. Besonders gefährlich sei deren Akzeptanz und Anwendung von Gewalt. Und gemäss Lagebericht 2019 des Nachrichtendienstes des Bundes ist das Gewaltpotenzial der links-extremen Szene weiterhin erhöht. Präsident Trump hat nach Ausschreitungen angekündigt, die Antifa zur Terrororganisation zu erklären. In der Schweiz verlangt Nationalrat Andreas Glarner, es sei ein Verbot der Gruppierung «Antifa» oder ihre Klassifizierung als terroristische Organisation zu prüfen.

Ausbildung zum Verbrechen

Die sich harmlos «Antifa» nennende Organisation ist seit Jahren an zahlreichen Überfällen auf die geltende Ordnung beteiligt. Sie werfen Steine, und es fliesst Blut. «Antifaschismus» ist dabei der Deckmantel, das Ziel ist der Sozialismus und die Zerstörung der geltenden Ordnung mittels Anarchie. Die Szene ist klein, aber grundsätzlich sehr gut organisiert, hierarchisch aufgebaut und autoritär geführt. Kennzeichen ist die einheitliche schwarze Uniform im «Einsatz». Die Gruppierungen agieren im Verborgenen, kommunizieren verschlüsselt.

Die schwarzen Genossen werden ausgebildet, wie man Verbrechen begeht, ohne Spuren zu hinterlassen und wie man sich bei einer Verhaftung und vor Gericht verhält. Zum Arsenal der linken Sturmabteilung gehört die Einschüchterung, die Gewaltanwendung, der Angriff auf Andersdenkende. In den Grosstädten der Schweiz verübt die Antifa – oftmals aus dem Hinterhalt linksbehördlich geduldeter Kampfvorbereitungsgebiete wie der Berner Reitschule – immer wieder Anschläge auf Gebäude, politische Veranstaltungen und Personen. Das Aggressionspotenzial gerade auch gegenüber Sicherheitskräften ist hoch.

Sommaruga und die kleine Antifantin

Anschläge gegen demokratisch gewählte Politiker wie Nationalrat Hans Fehr, SVP-Politiker, «Weltwoche»-Journalist Roger Köppel und Christoph Mörgeli finden leider über das Milieu der geistesverwandten

Linksintellektuellen, Subkulturellen und Staatskünstler Anklang. Juso-Präsidentin Ronja Jansen etwa – die Juso ist so etwas wie der legale Arm der Antifa – legitimierte den feigen Anschlag auf Köppel und Mörgeli als «Widerstand gegen rechts». Und Laura Zimmermann, Co-Präsidentin eines als Jugendbewegung getarnten PR-Joint-Ventures von Economiesuisse und SP sympathisiert offen mit der Gewaltsekte. Die Sympathie reicht sogar bis in die höchsten Ebenen: Bundesrätin Sommaruga zeigte sich in der Arena mit einem Mitglied der gewaltbereiten Antidemokraten.

Das Mitte-Links-Parlament und der Bundesrat werden daher die linke Antifa kaum auf eine Stufe mit der Al-Qaida stellen wollen und Glarners Vorstoss versenken.



Bundsrätin Sommaruga Anfang 2020 mit einer Linksaktivistin in der Arena

Zivilgesellschaft im Banne von Blut und Steinen

Die Kuschelpolitik mit der linken Blut-und-Steine-Organisation ist das eigentliche Problem. Da die Antifa ausserhalb ihres Milieus kaum auf Unterstützung zählen und ausser bei abgebrannten Studenten und halbverbeamteten Beinahe-Sozialfällen kaum mehr mobilisieren kann, würde es zur Zerschlagung dieser linken Sturmabteilung reichen, wenn unsere Strafverfolgungsorgane ihre Arbeit machen könnten. Und zwar ungehindert von der sogenannten «Zivilgesellschaft», welche ihre schützende Hand über die Westentaschen-Terroristen hält.

Hermann Lei

Für Schlechtwetter gerüstet sein!

**Ja zur Begrenzungsinitiative –
zuerst für uns selber schauen.**

Auf www.randvoll.ch
holen Sie sich News zur
Begrenzungsinitiative!



Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

**Seit 1986 kämpfen wir leidenschaftlich
und kompromisslos für die Schweiz.**

Vorname _____

Name _____

Strasse _____

PLZ _____

Ort _____

E-Mail _____

Ich möchte unverbindliche Infos.

Gute Sache. Ich trete gleich bei:

Mitglied (Jahresbeitrag 45 Fr.), Gönner (100 Fr.)

Sympathisant (freier Beitrag)

Ich bestelle kostenlos:

Expl. AUNS-Bulletin Nr. 200 «Juliläumsausgabe»

Expl. Broschüre «Wie viele Menschen wollen wir
in unserem Land?» von Ständerat Thomas Minder

Expl. Prospekt «Ja zur Begrenzungsinitiative»

Danke für Ihre
Unterstützung!



AUNS, Postfach, 3822 Lauterbrunnen

Tel. 031 356 27 27, aktion@auns.ch

Dringende Spenden: AUNS

PC-Konto: 30-10011-5

IBAN CH91 0900 0000 3001 0011 5



Leserbrieife

«Betet freie Schweizer, betet!»

Diesen Schlussaufruf der 1. Strophe unserer Landeshymne möchte ich allen Schweizerinnen und Schweizern ans Herz legen. Unsere Wurzeln gründen im christlichen Glauben. Ich zolle jenen Politikern grossen Respekt, welche mit der Präambel «Im Namen Gottes, des Allmächtigen» um 1848 die Grundlage für die weltweit wohl weitsichtigste Bundesverfassung gelegt haben. Unsere Landeshymne entstand auch in diesem Zeitraum, auch wenn sie offiziell erst 1961 als solche anerkannt wurde. Darum mein Aufruf: «Betet freie Schweizer, betet!» – damit unsere Politiker in der aktuellen Lage kluge Lösungen finden und dafür kämpfen, dass das einseitige Rahmenabkommen (Unterwerfungsvertrag) mit der EU nicht zustande kommt.

Michael Zimmermann, Heiligkreuz (Mels) SG

Widersinnige Behauptung

Dass der Klimawandel vom Menschen verursacht werde, ist m. E. eine widersinnige Behauptung. Ausschliesslich die Sonnentätigkeit beeinflusst unser Klima. Und die Sonne befindet sich in einer Entfernung von 150 Millionen Kilometern zur Erde. Wie soll also Menschenweisheit die Sonnentätigkeit beeinflussen? Bekanntlich hat unser Globus schon mehrere Wärme- und Kälteperioden durchgemacht. Zudem ist CO₂ lebensnotwendig für Natur und Kreatur. Aber mit Schule schwänzen fehlt wohl einfach das nötige Klima-Wissen. Entscheidend für unsere Umwelt ist die Überbevölkerung, vor allem aufgrund der Personenfreizügigkeit.

Gottfried Girsberger, Altikon ZH

Ja zur eigenständigen Steuerung der Zuwanderung

Die Corona-Krise hat definitiv gezeigt, dass die masslose Zuwanderung für die Schweiz negative Konsequenzen hat. Über 1,9 Millionen Personen sind in Kurzarbeit, die Arbeitslosigkeit steigt. Für junge Leute ist es schwierig geworden, einen Ausbildungsplatz zu finden, und die über 55-Jährigen geraten noch mehr unter Druck. Ein Ja zur Begrenzungs-Initiative am 27. September gefährdet weder den Zugang zum EU-Binnenmarkt noch die Zulassung von Arbeitskräften aus der EU, die unsere Wirtschaft und unser Gesundheitswesen benötigen. Dass die Armut sich auch in der Schweiz bei Leuten mit kleinen Einkommen stark ausbreitet, wird von Politik und Wirtschaft nicht thematisiert. Um bei uns wieder soziale Gerechtigkeit herzustellen, müssen wir die Zuwanderung wieder eigenständig steuern können.

Godi Bangarter, Tscheppach SO

Absurdistan

Auszug aus den Corona-Schutzmassnahmen «Sport/Fussball» des Bundes: 1. Die Bälle dürfen nicht in die Hand genommen werden und dürfen nur mit dem Fuss gespielt werden. Der/die Torhüter/in darf den Ball in die Hände nehmen, solange er/sie Handschuhe trägt. Kopfbälle sind untersagt. 2. Gibt es auf der Anlage nur eine einzige Toilette, ist diese als «genderneutral» zu kennzeichnen. *Kommentar überflüssig.*

René Kaufmann, Grindelwald BE

Corona – trotz grossem Leid auch eine Chance

Trotz allem Leid könnte Corona auch eine Chance für uns alle werden. Ein kleines Virus hat die Spassgesellschaft und die hemmungslose Konsumwut abrupt gestoppt. Viele haben sich wieder auf das Lebensnotwendige besonnen. Rächen tut sich auch das Billigproduzieren in China und Fernost: Wird der Materialfluss von Fertig- und Halbfabrikaten gestoppt, steht unsere Wirtschaft still. Ein Umdenken zu einheimischer Qualitätsware tut not. Es braucht wieder eine ehrliche Politik, die seriöse Arbeit wertschätzt und Geldjongleuren, Bodenverschacherern und Immobilieneigern einen Riegel schiebt. Corona ist aber auch ein Mahnfinger für EU-Sympathisanten. Gerade in dieser Krisenzeit hat sich die EU unfähig und mit ihrer hässlichsten Fratze gezeigt. Ziehen wir die Lehren, nutzen wir die Chance!

Walter Trümpy-Mast, Ennenda GL

Niemals vergessen!

Zum Bericht «Damals in der SVP», SZ Nr. 10/2020: Die Spitze des World Jewish Congress WJC hat seinerzeit vom Finanzplatz Schweiz 1,25 Milliarden Franken erpresst. Christoph Blocher hat mit seiner Standfestigkeit an vorderster Stelle gegen die haltlosen Anschuldigungen gekämpft. Wir sind nicht wegen der Banken oder wegen angeblicher «brauner Kollaboration» vom Krieg verschont geblieben. 800'000 Armeeeingehörige standen in Wehr und Waffen, rund 300'000 Internierte und Flüchtlinge fanden bei uns Schutz. In den besetzten Ländern Belgien, Holland und Frankreich wurden hingegen hunderttausende jüdische Staatsangehörige, oft mit Hilfe der eigenen Polizeikräfte, in die Todeslager deportiert. Diese Staaten wurden nicht zur Rechenschaft gezogen und zahlten keine Entschädigungen. Der WJC nahm nur die neutrale Schweiz und ihren erfolgreichen Bankenplatz ins Visier. Die damaligen Exponenten wie Singer, Fagan, D'Amato wurden später wegen Betrugs verurteilt oder sind als Anwälte und Politiker kläglich gescheitert.

Roger E. Schärer, Feldmeilen ZH

Der Mittelstand wird abkassiert

Geld zu verteilen an alle, welche die «hohle Hand» in der Corona-Zeit mach(t)en, ist für die Behörden leicht, denn diese Mittel stammen ja vom Steuerzahler. Zahlen werden ausgerechnet jene, die nach der Devise «Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not» gelebt haben – und zwar aus folgenden Gründen: Vermögenssteuern bezahlen nur jene, die vorher nicht alles ausgegeben und/oder Geld investiert haben, welches Wertschöpfung und Arbeitsplätze generiert. Statt diese Leute präventiv fiskalisch zu entlasten, müssen sie ab 2020 z.B. im Kanton Luzern noch 16,67 Prozent mehr Vermögenssteuern zahlen. Auch der Eigenmietwert, der ein fiktives Einkommen besteuert und vor allem den sparsamen Mittelstand trifft, wird nun wohl noch lange nicht abgeschafft. Ebenso treffen immer höhere CO₂- und andere Umweltabgaben sowie steigende Krankenkassenprämien in erster Linie den Mittelstand. Fazit: Jene, die bis jetzt immer selber Verantwortung übernommen haben, werden zusätzlich zur Kasse gebeten. Kommende Generationen werden einen hohen Preis für diese perverse Entwicklung zahlen.

Robert Furrer, Oberkirch LU

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Michael Moore-Film

Einige teilweise groteske Beispiele aus der Praxis, die Michael Moore in seinem Film anführt, zeigen das Dilemma: Ein Öko-Musikfestival etwa, dessen Strombedarf der Veranstalter allein mit Solarenergie decken wollte, dann aber gezwungen war, einen versteckten Dieselgenerator in Betrieb zu nehmen, nachdem es zu regnen begonnen und Wolken die Sonne verdeckt hatten. Oder die Präsentation eines neuen Hybrid-Plug-in-Fahrzeugs auf dem Firmengelände von General Motors, das über Nacht an den zu 95 Prozent aus Kohle produzierten Hausstrom des Gebäudes angeschlossen war, um die Batterie aufzuladen. Die vorhandene Solartankstelle blieb ungenutzt, weil bei Nacht nun einmal nicht die Sonne scheint, so die lapidare Begründung des zuständigen Managers.

Ein weiteres Beispiel in sehr viel grösserem Massstab ist das Ivanpah Solar Electric Generating System (ISEGS), ein riesiges Sonnenwärmekraftwerk in der Mojave-Wüste von Kalifornien, das 2014 mit viel öffentlichem Brimborium vom damaligen Gouverneur Arnold Schwarzenegger eingeweiht wurde. Um diese Anlage jeden Morgen hochzufahren, ist ein konventionelles Gaskraftwerk erforderlich, das mehrere Stunden am Tag laufen muss. Doch nicht nur das: Für die Errichtung der Infrastruktur bestehend aus Stahl, Glas und Aluminium wurde mehr Energie verbraucht, als Ivanpah im Laufe seiner gesamten Lebensdauer produzieren wird!

(Kopp-Report, 9.5.2020)

Applaus

Ich hoffe von Herzen, alle zu Hause so schwer getroffenen Maturanden haben sich unterdessen von Maturavid19, dem grausamen Burnout-Käfer, wieder erholt und können sich langsam selbst aus der Dreizehen-Faultier-Quarantäne entlassen.

Nicht ganz so sieht es für die Schüler und Lehrlinge in den Berufen Gesundheit und Soziales (AGS) und Fachleute Gesundheit (FaGe) aus. In den Kantonen BS und BL hat ein Grossteil von ihnen die praktische Abschlussarbeit (individuelle Prüfungsarbeit IPA) bereits absolviert. Diese darf aber nun nicht zählen. Obschon es mir viel besser geht: Versteht Ihr, dass da wieder Brechreiz hochkommt? Da nützt auch das oberdämliche Applaudieren nichts.

(Dr. med. Marco Caimi, Standpunkte aus dem Backstage XLII)

Virus

Das Virus wird von einem breiten linken Bündnis als Killer der Marktwirtschaft begrüsst. In manchen Branchen ist der Staatseinstieg ohnehin unvermeidlich.

(Alexander Wendt in Tichys Einblick 6/20)

Landesgrenze

Auch wenn das die Politik nicht hören will: Länder mit niedrigen Todesraten haben ihre Grenzen frühzeitig geschlossen und damit den Import von Virusträgern unterbunden (beispielsweise Österreich, bezüglich Todesfälle pro Million Einwohner [75] weit hinter der Schweiz [193] rangierend, Anm. SZ).

Viele Länder der EU haben das zu spät gemacht und stehen heute schlecht da. Dass Belgien mit 800 Toten pro Million Menschen den Spitzenplatz weltweit einnimmt, ist kein Zufall. Mit der Hauptstadt Brüssel als EU-Headquarter konnte das Land die Grenzen nicht schliessen, obwohl es weit im Norden liegt und das Desaster hat kommen sehen.

(Bruno Nufer, Inside Paradeplatz 4.6.2020)

«Kranke»

Die ersten 47 schwer kranken Kinder und vorwiegend Mädchen von den griechischen Inseln sind mittlerweile in Deutschland angekommen. Und damit ist dann die nächste Täuschung der Bevölkerung durch ihre Regierung vollzogen: Die vom Koalitionsausschuss eng eingegrenzte Auswahl der Kinder, die unsere Hilfe in Anspruch nehmen sollen, ist nicht eingehalten worden. Es kamen vorwiegend Jungen und junge Männer. Nach Angaben der EU sind sie zwischen acht und 17 Jahre alt – die meisten wohl zwischen zwölf und 14. Und obwohl sich das Innenministerium das anders gewünscht hatte: 43 Jungen standen nur vier Mädchen gegenüber.

Auch gab es keinerlei kranke oder behandlungsbedürftige Fälle. Das Alter stimmt ebenfalls nicht. «Bei fast der Hälfte der eingereisten unbegleiteten Jugendlichen» sei der 1. Januar 2006 als Geburtsdatum eingetragen, sagt der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Matthias Middelberg. Der Eintritt nach Deutschland erfolgte mit gefälschter Identität – Kontrolle: keine.

(Alexander Wallasch, Tichys Einblick 06/20)

**Tischuntergestelle in
Schweizer Qualität**



Maurer AG, Emmentalstrasse 58, 3432 Lützelflüh
Telefon 034 461 39 70
www.maurer-metalltechnik.ch info@maurer-metalltechnik.ch

Die Schweizer Polizei kennt ...

... keine amerikanischen Verhältnisse

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Black Lives Matter («Schwarze Leben zählen») ist eine im Jahre 2013 entstandene Bewegung der afroamerikanischen Gemeinschaft in den USA. Die Black Lives Matter-Anhänger protestieren regelmässig im Zusammenhang mit Polizeigewalt gegen Schwarze (offiziell People of color).



Man geht davon aus, dass in den Vereinigten Staaten Menschen mit nicht weisser Hautfarbe vermehrt mit negativen Polizeikontakten konfrontiert sind. Es existieren jedoch keine Untersuchungen, ob von nicht weissen Polizeiangehörigen ebenfalls ein entsprechendes Gewaltpotential ausgeht. Am 25. Mai 2020 erstickte in Minneapolis im US-Bundesstaat Minnesota

der 46-jährige Afroamerikaner George Floyd als Folge seiner Festnahme. Floyd wurde von vier Polizisten zu Boden gerungen und mit Handfesseln fixiert. Eine verstörende Videosequenz zeigt, wie der Polizist Derek Chauvin während 8 Minuten und 46 Sekunden (!) mit seinem Knie auf den Hals des Mannes drückt, der am Boden liegt und um Hilfe schreit. In der Zwischenzeit wurde Chauvin festgenommen und unter Mordanklage gestellt. Auch die drei mitbeteiligten Polizeiangehörigen, die nichts gegen das Vorgehen ihres Kameraden unternommen haben, befinden sich in Haft.

Dieser Fall war der Funke im Pulverfass. Seither brennen unzählige Städte in den USA, und Millionen von Menschen gehen auf die Strasse. Es liegt in der Natur der Sache, dass solche Massenproteste nicht nur friedlich verlaufen. In diesem rechtsfreien Raum lassen viele ihrer Wut freien Lauf, begehen Sachbeschädigungen, greifen wahllos Menschen an und attackieren alles, was auch nur im Entferntesten mit Polizei zu tun hat. Schliesslich sind massive Plünderungen und Brandstiftungen zu beklagen.

Gewisse Kreise versuchen nun, die US-Proteste nach Europa und in die Schweiz zu ziehen, auch in der Hoffnung, hier Stimmung gegen die Polizei zu machen. Es sind Leute, die von einem Ur-Misstrauen gegenüber den Polizeiorganen getragen werden und dabei ausblenden, dass polizeiliche Kontrollen aufgrund einer nüchternen Interpretation der Kriminalitätsslage erfolgen müssen. Wer zu nächtlicher Stunde im Rahmen einer Polizeiaktion Kontrollen an Drogenumschlagsplätzen durchführt, sollte seinen Fokus nicht auf ältere Damen aus dem skandinavischen Raum richten.

In der Schweiz arbeiten rund 19'000 Polizistinnen und Polizisten, und es wäre vermessen zu sagen, dass es darunter keine schwarzen Schafe gebe. Deshalb sind gute Auswahlverfahren und hohe Anstellungshürden wichtig, um untauglichen Personen erst gar nicht den Eintritt in eine Polizeischule zu ermöglichen. Schliesslich sind korpsintern Mitarbeitende, die möglicherweise trotz hoher

fachlicher Qualifikation die menschlichen Voraussetzungen für den anspruchsvollen Polizeiberuf nicht erfüllen, mit einem entsprechenden Controlling zu erfassen.

Zurück zum tragischen Ereignis in Minneapolis. Der nun angeklagte Polizist Derek Chauvin hat rund 19 Wochen Grundausbildung bei der Polizei genossen. Im Vergleich dazu dauert in den Kantonen Basel-Stadt und Zürich die Grundausbildung jeweils 24 Monate. Danach folgen eine erweiterte Grundausbildung und sogenannte Pflichtmodule von weiteren 24 Monaten. Abgesehen von der nicht vergleichbaren Ausbildung war Officer Chauvin bereits mehrfach in Fälle von Polizeigewalt gegen Schwarze verwickelt, und es stellt sich die Frage, weshalb er nicht schon früher aus dem Polizeidienst entfernt wurde. Notabene war sein oberster Vorgesetzter und Chef der Minneapolis Polizei, Medaria Arradondo, ein nicht weisser Polizeioffizier.

Schlussendlich noch etwas aus der polizeilichen Festnahmetaktik, die zur Grundausbildung jedes Polizisten und jeder Polizistin gehört: Eine festgenommene Person darf nicht in Bauchlage fixiert und dabei Druck auf den Körper ausgeübt werden (z.B. Schulterblätter). In dieser Lage, verstärkt durch eine erhöhte Adrenalin ausschüttung, kann der Festgenommene nicht genügend oder gar nicht mehr atmen, und es besteht die erhebliche Gefahr eines sogenannten lagebedingten Erstickungstodes. Und mit dem Knie Druck gar auf Hals oder Genick ausüben, ist ein absolutes No-Go.

Wer nun aber die Vorfälle in den USA hierzulande instrumentalisiert, um Stimmung gegen die Polizei zu machen, verfolgt keine hehren Ziele.

Markus Melzl

«Das aktuelle Zitat»

Heute wird allgemein anerkannt, dass der Antisemitismus ein wesentlicher Teil der Nazi-Ideologie war. Aber nicht anerkannt wird, dass der Antisemitismus auch ein wesentlicher Teil der Islam-Ideologie war und ist. Dabei ist der Antisemitismus des Korans doppelt so «dicht» als in Hitlers «Mein Kampf». Zudem fehlt der eliminatorische Antisemitismus anfänglich bei Hitler – in den Hadithen (Überlieferungen des Propheten und Dritter) ist er jedoch enthalten, und zwar von Anfang an. Und die Konsequenz? Der Hass auf die Juden wird in allen muslimischen Schulen gelehrt, in allen islamischen Fernsehkanälen und überhaupt in den meisten islamischen Medien.

Jean-Jacques Bloch, Hombrechtikon

Rassismus ist keine Einbahnstrasse *Dummheit auch nicht*



Was momentan in der Schweiz als «rassistisch» angeprangert wird, grenzt an puren Unsinn.

- In der Ostschweiz erhält ein Nordafrikaner keinen Tisch, das Lokal ist voll besetzt. Er wittert Rassismus und verklagt den Betreiber. Erst als dieser kostenaufwendig beweisen kann, dass alles ausverkauft war, entgeht er einer empfindlichen Busse. Die Kosten für seine Verteidigung trägt er selbst, jene des Klägers zahlt Vater Staat.
- Die aargauische Firma Dubler stellt seit 1946 Mohrenköpfe her. Sie nennt das süsse Gebäck auch so. Es bildet sich ein Komitee: Mohrenkopfhersteller Robert Dubler soll wegen Rassismus angeklagt werden. Die Basler Genderforscherin Franziska Schutzbach von der Universität Basel stimmt zu: «Wenn wir nicht bereit sind, Sprache zu dekolonisieren, werden auch weiterhin Geflüchtete im Mittelmeer ertrinken.» Welch missglückte Argumentativ-Kausalkette: Menschen werden Opfer der Fluten, weil im Aargauischen Mohrenköpfe hergestellt werden. HERR, wirf Hirn vom Himmel!
- Nahe Bern muss ein Restaurant nach erfolgter Anzeige das Gericht «Zigeunerschnitzel» von der Karte

nehmen. Der Terminus beleidige Sinti und Roma.

- In einer Schweizer Berggondelbahn raucht eine junge Schwarze eine Zigarette. Der Kabinenführer setzt sie an der Zwischenstation an die frische Luft. Der Bedienstete wird von ihr verklagt.

Ist Rassismus nur eine Einbahnstrasse? Nein, sie wird auch von der Gegenseite her befahren:

- Im Rheintal fordert ein zugezogener Muslim, dass alle Knaben das Schwimmbecken verlassen, wenn seine Tochter den Schulschwimmunterricht absolviert.
- Gemäss «Tagesanzeiger» versuchte der Sohn eines Islamisten, einen Schweizer Mitschüler zum Islam zu bekehren – in Winterthur, dem «Neukölln der Schweiz», wie ein Leser bemerkt. Als die «Bekehrung» nicht gelingt, schikanieren islamistische Mitschüler den Schweizer Knaben so intensiv, dass die Eltern ihn von der Schule nehmen.

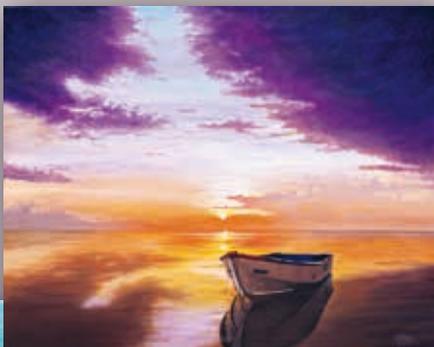
Die Konsequenz: Unser Land muss sich auf eigene Werte und Strukturen besinnen, will es sich nicht im Strudel eines Geschehens verlieren, in dem andere bestimmen. Darum JA zur Begrenzungs-Initiative!

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

andrea
bösigger
Paintings

www.andreaboesiger.ch



Original-Bilder in Acryl und Öl
Hochwertige Prints erhältlich



Ein Märchen aus dem Corozän

«Hänsel und Gretel im Lockdown»

von Dr. Marco Caimi, Arzt, Schriftsteller und Kabarettist, Basel



Irgendwo in Basel. Eine ganz normale Familie.

«Papa, erzählst du uns von Hänsel und Gretel?»

Nein, das geht jetzt nicht.

«Ohhhhh, warum denn nicht?»

Auch die müssen jetzt zu Hause bleiben!

«Aber spazieren dürfen sie.»

Ja, aber nicht im Wald.

«Warum nicht im Wald?»

Weil die Bäume zu eng stehen.

«Und deshalb dürfen sie nicht in den Wald?»

Ja, denn sie können das social distancing nicht einhalten.

«Papa, was ist social distancing?»

Das bedeutet, dass man sich voneinander abwenden muss.

Die ob Vaters Worten erschrockene Mutter schaltet sich ein:

«Papa meint, dass man genug Abstand haben muss, mindestens zwei Meter, um sich nicht anzustecken.»

«Aber Hänsel und Gretel sind doch Bruder und Schwester?»

Papa schaltet sich wieder ein:

Spielt keine Rolle, in Zürich wurde ein Paar gebüsst, das schon fast zwei Jahre zusammen wohnt.

«Papa, wo ist Zürich?»

Irgendwo hinter dem Bözberg. Vorher kommt aber noch ein Stück vom Aargau – zum Glück!

«Warum zum Glück, Papa?»

Mehr social distancing zu den Zürchern!

«Und was macht die Hexe jetzt die ganze Zeit in ihrem Knusperhäuschen, Papa?»

Home office.

«Was ist das?»

Sie studiert zu Hause vegetarische Rezepte.

«Was sind vegetarische Rezepte?»

Essen, wo kein Fleisch drin ist.

«Dann darf die Hexe Hänsel und Gretel nicht mehr aufessen?»

Nein, natürlich nicht.

«Aber sie darf sie in den Ofen schmeissen und verbrennen, die böse Hexe?»

Die Mutter schaltet sich wieder ein:

«Müsst Ihr immer so brutales Zeugs erzählen?»

Papa übernimmt wieder:

Nein, sie darf sie auch nicht in den Ofen schmeissen.

«Warum nicht, wenn sie sie nicht aufisst?»

Weil bei der Verbrennung von Hänsel und Gretel zu viele Stickoxide und Feinstaub produziert würden.

«Papa, was sind Stickoxide und Feinstaub?»

Grüne Märchen.

«Märchen? Wer erzählt die?»

Die deutsche Umwelthilfe.

«Aber Papa, warum bleibt die Hexe zu Hause? Sie hat doch einen Besen, mit dem sie herumfliegen könnte.»

Das darf sie nicht.

«Warum nicht?»

Während und nach Corona sind Billigflüge verboten.

Marco Caimi

«Es sagte»... Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

«WER DAS RAHMENABKOMMEN EINFACH ALS FORTSETZUNG DES BILATERALEN WEGS ANPREIST, VERKAUFT DIE MENSCHEN FÜR DUMM.»

Diese Aussage stammt von:

- A Markus Somme, Kolumnist TX-Medien
- B Luzi Bernet, Redaktor «NZZamSonntag»
- C Ignazio Cassis, Bundesrat, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Aussenpolitik
- D Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 24. Juni 2020, an:** «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach, E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer als Gastgeber. Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der «Schweizerzeit» Nr. 13 vom 3. Juli 2020.

brother MFC-L9570CDWT:

DAS TOP-FARB-MULTIFUNKTIONS-GERÄT

- robust, schnell und perfekte Qualität
- brillante Farb-Qualität, grosses Touch-Display
- druckt, scannt (bis 100 S./min.), kopiert, faxt
- 5 Jahre VorOrt-Garantie dank MPS
- vollautomatisierte Zustellung Supplies
- 1000 Farbseiten kosten fix Fr. 79.86
- 1000 s/w-Seiten kosten fix Fr. 13.40

Fr. 1299.00 mit 2 Kassetten

Fr. 250.00 Cashback

Fr. 250.00 Eintausch

Fr. 799.00 Netto-Aufwand



OCotex AG
- 041 799 50 00

Wie liebt sie es doch, in dieser Corona-Zeit der weitgehenden bundesrätlichen Alleinherrschaft von den Fernsehgewaltigen angehimmelt vor die Öffentlichkeit zu treten und lächelnd Gunstbezeugungen zu äussern, weil das gemeine Volk all das vom Bundesrat Verfügte so ungemein brav erfülle. Da dürfe, säuselt sie süss lächelnd, den Folgsamen Hoffnung gemacht werden auf in naher oder vielleicht auch weniger naher Zukunft mögliche Erleichterungen...

So pflegten schon Maria Theresia, Queen Victoria und ihresgleichen den Umgang mit den die Huld der Obrigkeit geniessenden Untertanen zu inszenieren.

Ellbogen-Einsatz

Freilich: Hinter den Kulissen, hinter der TV-Beweihräucherung scheint es gleichzeitig etwas weniger lieblich zu- und herzuzugehen. Da würden, dringt geheimnisumwittert in die Öffentlichkeit, Ellbogen zielbewusst eingesetzt. List und Tücke verdränge Harmonie – von devoten, vorsätzlich blinden Journalisten notorisch übersehen.

Einer immerhin, einst an der freien BaZ tätig, durchbrach die Mauer des Schweigens. Er berichtet von handfestem Gerangel, das um einen freigewordenen Sitz im Verwaltungsrat der Post entbrannt sei. In jener Institution, in der bereits Doris Leuthard engen Gesinnungsfreunden bequeme, wohldotierte Alters-Ruhsitze zu verschaffen beliebt hatte.

Jetzt, seit Simonetta Sommaruga Doris Leuthard an der Spitze des Verkehrs- und Energie-departements abgelöst hat und damit oberste Post-Herrin geworden ist, winken Post-Pfründen eher denen, die als stramme Linke der Departementschefin zu Bern konsequent und emsig zu Diensten gestanden haben.

Kein Hungerleider-Posten

Man wird recht gut bezahlt als Verwaltungsrat der Post. Ein Mandat, zum Volljob umgerechnet, trägt mehr ein, als ein Bundesrat allmonatlich auf sein Konto überwiesen erhält. Zweifellos eine Versuchung! Auch für Genossen. Selbst für solche, die als Nationalräte noch wortgewaltig gegen überhöhte Saläre in den Spitzenposten der öffentlichen Verwaltung gewettert haben.

Genosse Corrado Pardini, Nicht-mehr-Nationalrat, umtriebiger linker Unia-Exponent, soll den Sitz erhalten. Jenen frei gewordenen Sitz, der traditionell einem Tessiner zugehalten wird. Pardini – tönt das nicht sehr italienisch? Selbst wenn dieser Erbe eines italienischen Namens ziemlich viel anderes, nur kein Tessiner ist.

Die Tessiner erheben gegen den vorgeschlagenen Berner Protest. Sie fordern, dass der Südkanton weiterhin auch für die Aufsicht über die Post berücksichtigt wird. Frau Sommaruga winkt ab: Der Sitz stünde keineswegs den Tessinern zu, wohl aber einem Schweizer italienischer Sprache.

Acht Prozent

Acht Prozent der Post-VR-Sitze müssten italienischsprechenden Vertretern reserviert werden. Acht Prozent: Das reicht ziemlich genau für einen. Ist dieser zufälligerweise Berner, dann haben die Tessiner bedauerlicherweise das Nachsehen. Möglicherweise für viele Jahre, so der Berner Bundesratsgetreue noch nicht allzu alt ist.

Im übrigen, merkt die Bundesrätin kühl und überlegen lächelnd an, habe gar nicht sie Pardini vorgeschlagen. Der Vorschlag käme von der Gewerkschaft der Post-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter, Syndicom. Der stehe ein Sitz vertraglich zu. Interessant freilich: Pardini ist und war nie Mitglied von Syndicom. Pardini ist ein Mann der Unia.

Söihäfel...

Ob die SP fortan ihre Bundesratskandidaten und -kandidatinnen von der CVP küren lässt?

Wer war es, der Syndicom zu bereden und zu überreden verstand, jemanden als Vertreter von Syndicom in den Post-Verwaltungsrat zu entsenden, der gar nicht Syndicom-Mitglied ist? Das ist die entscheidende Frage im Gerangel um die angemessene Altersversorgung des Ex-Parlamentarierers und Unia-Gewerkschafters Corrado Pardini.

Fremdkandidat

Selbstverständlich existieren dazu keine Protokolle und keine schriftlichen, einsehbaren Vereinbarungen. Syndicom scheint einfach eine Gewerkschaft zu sein, die die eigenen Leute als untauglich einstuft für die Einsitznahme bei der Post. So muss sie sich übergücklich geben, in Pardini einen Ersatz gefunden zu haben, der zu verbergen hat, dass Syndicom bloss Flaschen hätte nominieren können...

Verwaltungsrat bei der Post: Heute eine Funktion, die Bundesberns Günstlingswirtschaft ausgeliefert wird. Gewisse Folgen durfte die Öffentlichkeit schon zur Kenntnis nehmen. Etwa im Postauto-Skandal um nicht ganz unwissentlich konstruierte ungenaue Abrechnungen. Wenn Günstlinge Fachleute ersetzen, mag Solches durchrutschen.

Söihäfel – Söiteckeli! Ob das der Post wohlbekommt? Oder doch nur den Genossen? Die Vorgänge, bundesrätlicher Huld unterstellt, widern zunehmend an. So sehr, dass man zögert, die Wörter Söihäfel und Söiteckeli noch im Diminutiv zu verwenden.

Wo Links-Grün die Macht an sich reisst, ist Dekadenz nicht mehr fern.

us

Churz & Bündig

Das einzige, das Linke komplett erlauben wollen, sind Drogenkonsum und Abtreibungen. Das sagt eigentlich alles über diese Leute aus.

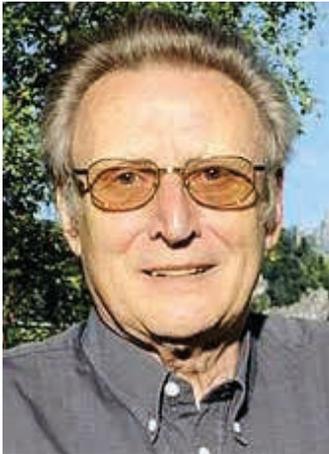
Anian Liebrand

Entwicklungshilfe statt Truppeneinsatz

Weitere Swisscoy-Einsätze im Kosovo?

von Korpskommandant aD Simon Küchler, Steinen SZ

Peacekeeping (Friedenssicherung) ist an sich eine gute Sache, wenn es darum geht, sich zwischen verfeindete Truppen zu stellen und damit den Ausbruch von Kampfhandlungen zu verhindern. Damit wird die Sicherheit eines Gebietes und von dessen Bevölkerung gewährleistet.



Das war nach dem Jugoslawienkrieg 1999 das Ziel der NATO. Ursprünglich beteiligten sich an der KFOR-Mission über 40 Staaten, und die KFOR hatte eine Truppenstärke von mehr als 50'000 Soldatinnen und Soldaten. Bereits im August 2007 wurde die KFOR-Mission auf rund 16'000 Soldaten reduziert.

Im Jahr 2009 leitete die NATO mit dem Prozess «Deterrent Presence» eine kontinuierliche Reduktion der präsenten Kräfte ein. Bis Januar 2012 sank diese Zahl weiter auf etwa 6'000 Soldaten und wurde im Juni 2017 nochmals auf 4'500 reduziert. Im Jahr 2019 wurde die KFOR-Truppe von 28 Nationen gestellt und umfasste nur noch 3'500 Soldaten und Soldatinnen. Das Schweizer Kontingent blieb mit 165 Armeeangehörigen (AdA) über all die Jahre dasselbe.

Bereits zu Beginn dieses Einsatzes hatte ich meine Vorbehalte zur Schweizer Beteiligung. Die Operation steht seit Beginn unter der Verantwortlichkeit der NATO, es ist also eine NATO-Mission, bei der die Schweizer einer deutschen Brigade bzw. einem Österreicher Bataillon unterstellt wurden. Auf die Frage, ob ein solcher Dienst in der NATO dem Neutralitätsrecht entspreche, habe ich keine überzeugenden Antworten gehört.

Warum Erhöhung statt Reduktion?

Ursprünglich war vorgesehen, den Swisscoy-Einsatz bis 2020 zu gewährleisten. Jetzt will der Bundesrat diesen verlängern bis 2023 und den Bestand von 165 Armeeangehörigen sogar auf 195 erhöhen. Der Gesamtbestand von Schweizer AdA im Bereich der Friedenssicherung umfasst weltweit 250 Miliz- und Berufssoldaten und -soldatinnen, die in 18 Ländern im Einsatz sind. Der Kosovo beansprucht das absolut grösste Kontingent. Dieser Einsatz kostet im Jahr 41 Millionen Franken. Die Fragen «Warum?» und «Wozu?» zur Erhöhung des Schweizer Bestandes müssen heute gestellt werden.

Vorbehalte zum Peacekeeping der KFOR

Meine Vorbehalte basieren auf den persönlichen Eindrücken meines Besuchs der Swisscoy

nach meiner Pensionierung im Jahre 2003. Ich war in verschiedenen Landesteilen des Kosovo und traf nirgends Serben, geschweige denn serbische Armeeangehörige. Die Kosovaren hatten alle Serbendörfer nach dem Rückzug der serbischen Armee im Mittel- und Süd-Kosovo zerstört.

Es fehlte weitgehend der Primärauftrag eines Peacekeeping, sich zwischen feindliche Kräfte zu stellen – ausser im Norden des Kosovo an der Grenze zu Serbien, wo auch nach dem Waffenstillstand noch etliche Serben wohnten. Dort hatte die Swisscoy jedoch keinen Auftrag. Sie war im Süden des Landes im Einsatz.

Worin bestand der Peacekeeping Einsatz?

Ich traf bei meinem Besuch den Kommandanten der deutschen Brigade, dem auch das Schweizer Kontingent unterstellt war. Auf meine Frage, wie denn der Peacekeeping-Einsatz begründet werde – ich hätte nirgends serbische Armeeteile oder Volksgruppen angetroffen, die den Frieden hätten gefährden können und die man mit dem KFOR-Einsatz hätte neutralisieren müssen – antwortete er: «Gute Frage. Wozu sind wir eigentlich hier? Ich denke, wir schützen die 70 Prozent der sich korrekt verhaltenden Bevölkerung vor ihrer kriminellen Minderheit.»

Und er fügte hinzu, die Schweizer würden dank ihrer guten Berufsausbildung hervorragende Dienste



Swisscoy-Truppen fühlen im Kosovo den Puls der Bevölkerung ...

leisten. So hätten zwei Automechaniker verschiedene Typen von Schützenpanzern bei anderen Kontingenten nach Pannen wieder zum Laufen gebracht. Zwei Baufachleute leiteten erfolgreich den Wiederaufbau einer zerstörten Brücke, und das Schweizer Sanitätsdetachment mit dem Truppenarzt werde wegen der hohen Fachkompetenz sehr geschätzt.

Ist das wirklich Peace-Keeping oder doch eher Entwicklungshilfe, die eigentlich von den Hilfswerken zu erbringen wäre? Bei meinem Besuch waren übrigens mehr als 200 Hilfswerke aus den verschiedensten Nationen im Einsatz und engagierten sich für den Wiederaufbau.

Warum festhalten am Swisscoy-Kontingent?

Aus meiner Sicht halten VBS und Armeeführung an diesem Einsatz fest, weil ein Rückzug aus dem Kosovo die Existenz der Swisscoy gefährden würde. Vom Gesamtbestand der 250 Swisscoy-Soldatinnen und Soldaten wären 165, bzw. 193 Swisscoy-Angehörige «arbeitslos». Man würde es kaum riskieren, sie in einem anderen Krisen- und Kriegsgebiet im Nahen Osten oder in Afrika einzusetzen. Mit dem Wegfall des Kosovo-Kontingentes würde zudem das aufwendige Kompetenzzentrum «Swissint» in Stans überflüssig; für die Verantwortlichen ein Grund mehr, am Kosovo-Einsatz festzuhalten.

Ich teile die Auffassung von Nationalrat Erich Hess und weiterer Nationalräte, dass der Einsatz der Swisscoy kritisch zu hinterfragen und zu überprüfen sei. Das VBS müsste klar Auskunft geben, welche Funktionen die Swisscoy heute konkret ausübt und in welchem Masse diese Tätigkeiten mit dem Begriff «Friedenssicherung» konform sind. Ohne klare Antworten auf diese Fragen, bzw. bei nicht konformen Einsätzen muss der Einsatz beendet werden.

Simon Kuchler

Churz & Bündig

Die Italien zutiefst erschütternde Krise sei – lesen wir im «Tages-Anzeiger» (10. Juni 2020) – für unser südliches Nachbarland auch eine Chance. Denn aus «europäischer Solidarität» – angestossen von Präsident Macron und Bundeskanzlerin Merkel – erhalte Italien so viel Geld wie noch nie: 86 Milliarden! Weiss denn der gute Journalist nicht, dass Italien allein seinen französischen Gläubiger-Banken die hübsche Summe von rund 300 Milliarden Euro schuldet? Macrons «Solidarität» verfolgt nur einen einzigen Zweck: Es gilt, die französischen Grossbanken vor der Pleite zu bewahren. «Europäische Solidarität»!

www.schweizerzeit.ch

Vor 100 Jahren: Der folgenschwere Vertrag von Trianon

Ungarn zwischen Schmach und Verriss

In der Österreichisch-Ungarischen Doppelmonarchie hatte nur der österreichische Kaiser das Sagen. Er unterdrückte das dreimal grössere Königreich Ungarn: Im Parlament durften die Ungarn sich nicht in ihrer Sprache äussern, und die damals zu 90 Prozent protestantischen Ungarn mussten grösstenteils den katholischen Glauben annehmen usw.

Der Kaiser hatte auch die Befehlsgewalt über die ungarische Armee. Mit der Niederlage der Achsenmächte gehörte deshalb auch Ungarn vor gut 100 Jahren zu den Verlieren des Ersten Weltkrieges. Frankreich wollte Ungarn in der Folge ganz von der Landkarte löschen, nur dank England blieb ein «Krüppelstaat Ungarn» übrig. Die Rumänen sassen dank den Franzosen am Siegetisch und erhielten grössere Gebiete von Ungarn zugeteilt als das jetzige «Restungarn» noch ausmacht. Verlierer Österreich hatte Ungarn in den Krieg und in die Niederlage mitgerissen und bekam dennoch das ehemals ungarische Burgenland zugesprochen. Insgesamt verlor Ungarn mehr als zwei Drittel seines Territoriums und die Hälfte seiner Bevölkerung an die Nachbarländer. Die Ungarn wurden gezwungen, das entsprechende Friedensdiktat im Lustschloss Trianon in Versailles am 4. Mai 1920 bedingungslos zu unterzeichnen.

Wie steht Ungarn heute da? Vor zehn Jahren übernahm Viktor Orbán das von den Altkommunisten schwer verschuldete Ungarn und begann konsequent Schulden abzubauen. Seither werden in Ungarn Familien vorbildlich unterstützt, das Land hat wenig Arbeitslose, und es schützt die EU-Aussengrenze als einziges Schengenland erfolgreich – und wird dafür von Brüssel völlig zu Unrecht kritisiert. Als grösster Gegner der verhängnisvollen deutschen «Willkommenskultur» und der Fremdüberflutung wird Ungarn von linken EU-Delegierten ständig angegriffen und gerügt.

Viktor Orbán und seine Partei Fidesz werden – egal, was sie sagen oder tun – in den meisten Zeitungen und im TV von linken Politikern und Journalisten attackiert. Keine Regierung eines EU-Landes wird jedoch vom Volk dermassen unterstützt wie jene von Ungarn! Mit weniger als 1'000 Toten hat Ungarn auch das Corona-Problem vorbildlich gelöst.

Nach all dem Unrecht, das Ungarn in Trianon widerfahren ist, und nach aller ungerechtfertigten Kritik an der heutigen ungarischen Regierung, sollten die selbsternannten Kritiker mindestens die Grösse haben zu schweigen – oder noch besser: Ungarns Leistungen anzuerkennen.

Miklòs Missura, Glarus

Viel Polemik – wenig Sachverstand

Schwarzenbachologie

Vor fünfzig Jahren – am 7. Juni 1970 – wurde die sog. Schwarzenbach-Überfremdungsinitiative nach intensiv geführtem Abstimmungskampf bei einer Stimmbeteiligung von 74 Prozent nur knapp abgelehnt.

Ein Ereignis mit Erinnerungswert: Kaum ein Organ hat nicht darauf zurückgeblickt; allerdings mit Beiträgen von – zurückhaltend formuliert – unterschiedlicher Qualität. Anspielungen und Mutmassungen mussten allzu oft fehlende Faktenkenntnis übertünchen. Wem zur damaligen Initiative ausser Gemeinplätzen nichts einfällt, der muss eben zu mutwilliger Auslegung von tatsächlichen oder auch bloss behaupteten Aktivitäten Schwarzenbachs vor seiner 1967 erfolgten Wahl in den Nationalrat Zuflucht nehmen.

Arbeitsfaule Schweizer?

Zwei Beiträge illustrieren die hilflose Einseitigkeit und Voreingenommenheit ihrer Autoren besonders. Die NZZ (5. Juni 2020) unterstellte ihren Rückblick ganz der Zielsetzung, Schwarzenbachs Tun und Lassen in den Dienst polemischer Anschwärtzung der im kommenden September zur Abstimmung gelangenden Begrenzungs-Initiative zu stellen. Die NZZ-Redaktion machte dazu einen Neffen Schwarzenbachs ausfindig, der sich – von der NZZ nachdrücklich applaudiert – nicht entblödete, die beiden schlechthin abgedroschensten Schlagworte gegen die Schwarzenbach-Initiative völlig unreflektiert wieder aufleben zu lassen.

All die Fremdarbeiter, vor allem Südtaliener, seien damals in den Sechzigerjahren nur deshalb in grosser Zahl in die Schweiz geströmt, weil sich die Schweizer, in der Nachkriegszeit zu etwas Wohlstand gekommen, zusehends als zu vornehm erachteten, gewisse Arbeiten, bei denen es schmutzige Hände geben könnte, noch selber auf sich zu nehmen. Polemik, die, selbst tausendmal wiederholt, wenig bis nichts mit der damaligen Realität zu tun hat.

Tatsache ist vielmehr, dass eine ganze Reihe vor allem grosser und grösserer Konzerne damals das Ziel verfolgten, mit klar unterbezahlten Arbeitskräften Massenanfertigungen hier in der Schweiz aufrechtzuerhalten, die den Konzernen hohe Gewinne ohne nennenswerten Aufwand für Innovationen in die Kassen schwemmen würden. Für die dazu offerierten Arbeitsbedingungen, in Wahrheit Arbeiter-Ausnutzung, liessen sich damals tatsächlich immer weniger Schweizerinnen und Schweizer Arbeitskräfte vereinnahmen, wohl aber Südtaliener – zu Hause eben an noch schlechtere Bedingungen gewöhnt. Die Konzerne waren – um ein damals aufgekommenes Schlagwort aufzunehmen – an Menschen zuletzt, an Billigstkrampfern um so stärker interessiert.

Stabilisierungspolitik

Der hohe Anteil an Ja-Stimmen zur Schwarzenbach-Initiative brachte Konzernchefs und Bundesräte

damals immerhin zur Besinnung. Daraus resultierte die die Einwanderung wenigstens eindämmende Stabilisierungspolitik, die Schweizer Unternehmen, wenn sie florieren wollten, auf den Weg kapitalintensiver Produktivitätssteigerung zwang.



Was dazu führte, dass die Schweizer Wirtschaft innert relativ weniger Jahre in die Spitzengruppe der produktivsten Volkswirtschaften auf dem Erdball vordrang. Hochspezialisierte Nischenprodukte anstelle von wenig Innovation erfordernder Massenproduktion: Das wurde zum Erfolgsrezept der Schweizer Wirtschaft bis heute. Man hat dieses Erfolgsrezept indirekt auch Schwarzenbach zu verdanken.

Export der Arbeitslosigkeit

Der Schwarzenbach-Neffe beschwört auch noch die zweite platte Unterstellung zur damaligen Politik der Schweiz, die mit Schwarzenbach persönlich eigentlich gar nichts zu tun hatte: 1973, als die Ölkrise die zuvor langandauernde Hochkonjunktur jäh und scharf stoppte, habe die Schweiz die ihr drohende Arbeitslosigkeit kurzerhand und kaltschnäuzig «exportiert».

Wurden also – muss man sich fragen – plötzlich Tausende, ja Zehntausende Italiener an die Grenze gestellt? Unsinn!

Tatsächlich löste die Ölkrise damals eine auch die Schweiz treffende schwere Rezession der Weltwirtschaft aus. Tatsächlich sahen sich damals nebst Schweizern viele Ausländer in der Schweiz mit ihnen



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

drohender Arbeitslosigkeit konfrontiert. Sie selber beschlossen in solcher Lage, zu Zehntausenden in ihre Herkunftsländer, oft zu ihren Familien zurückzukehren – auch weil dort die Lebenskosten weit tiefer waren als in der Schweiz. Fakten, die Polemiker stören mögen, aber trotzdem Fakten bleiben.

Pure Unwissenheit

Den jämmerlichen Tiefpunkt der Berichterstattung leistete sich das Fernsehen SRF mit «Glanz & Gloria». Da wurde eine Präsentatorin auf die Zuschauer losgelassen, deren gefälliges Aussehen in krassem Widerspruch zu ihrer Faktenkunde stand. Ungehindert konnte sie polemisieren über angeblich Tausende, die damals bedroht gewesen sein sollen, «über Nacht» aus der Schweiz weggejagt zu werden. Die Präsentatorin gipfelte ihre Breitseite in der schnöd-blöden Verurteilung all jener Schweizerinnen und Schweizer, die – aus ihrer Sicht als Jünger Schwarzenbachs – am 9. Februar 2014 an der Abstimmungsurne der Masseneinwanderung einen Riegel geschoben haben.

Wenigstens auch noch das Resultat jener Abstimmung mitzuteilen, vielleicht gar noch zu erläutern, dass Parlaments- und Bundesratsmehrheit verfassungswidrig die Umsetzung des damaligen Abstimmungsresultats



Hochaktueller Auto-Kleber, zugesandt von Emil Grabherr, Weggis LU

verweigert haben, überforderte allerdings das eitle «Tüpfi» vor der Kamera.

Offenbar verfügt Fernsehen SRF, wenn ein fünfzig Jahre zurückliegendes Ereignis einigermaßen kompetent zu kommentieren wäre, über keine Mitarbeiterin und keinen Mitarbeiter, die dem Thema wenigstens halbwegs gewachsen wären.

Ulrich Schlier

Meinungsdiktatur im linken Mainstream?



Ich esse gerne Mohrenköpfe, mich stören keine historischen Statuen – und Fasnachtscliquen, wie beispielsweise die Basler «Negro-Rhygass», sollen ihren Namen behalten können. Ich bin auch nicht dagegen, dass Schweizer Polizisten situationsbedingt diejenigen Personen auf der Strasse kontrollieren, die ihnen eher verdächtig vorkommen. Bin ich deshalb ein Rassist? Ganz bestimmt nicht.

Nach dem abscheulichen Mord an einem Afroamerikaner in Minneapolis werden derzeit altbekannte Diskussionen aufgeköcht und regelrecht hyperventiliert. So wurde auch die «Mohrenkopf»-Diskussion von einem grossen Detailhändler durch ein Sortimentsverbot wieder peinlich angefeuert. Diese Diskussion zeigt, wie wenig Toleranz in der Schweiz vorhanden ist. Traditionsreiche Unternehmen und ihre Besitzer werden nun als «rassistisch» verunglimpft. Dabei entpuppen sich ausgerechnet die angeblich Toleranten als die tatsächlich Intoleranten. Dass die eigentliche Herkunft des Namens «Mohrenkopf» historisch nicht eindeutig geklärt ist, macht die Sache für die immer gleichen Weltverbesserer umso peinlicher.

Die Meinungsfreiheit endet aber bekanntlich nicht an der eigenen Nasenspitze. Sie ist Grundlage unserer Demokratie. Doch wer sich heute nicht jedem linken Mainstream-Trend unterwirft, wird stigmatisiert, auf den Sozialen Medien angepöbelt und – wie in diesem Fall – als Rassist bezeichnet. Diese Tendenz ist für das Zusammenleben gefährlich und verdeckt letztlich echten Rassismus. All diejenigen, die jetzt wegen einem Gebäck die Rassismus-Keule schwingen oder aber fordern, dass Fasnachtscliquen sich umbenennen müssen, erweisen dem Thema «Rassismus» einen Bärendienst. Wenn jahrhundertealte Traditionen, Bräuche und Namen aufgegeben werden sollen und all jene, die sie verteidigen, in die braune Ecke gestellt werden, stimmt etwas in unserer Gesellschaft nicht mehr. Die Meinungsfreiheit geht so vor die Hunde.

Dabei haben wir in der Schweiz gängige Strafnormen, sowohl zu Rassismus- als auch generell zu Diskriminierungsfragen. Damit sind wir alle ausreichend abgedeckt und geschützt. Unser System ist ein Zusammenspiel zwischen Meinungsfreiheit und dieser Strafnorm. Das Gegenteil dieses Systems wäre eine Diktatur, die ja gerade dann wiederum tatsächlich diskriminieren würde. Das können auch diese Marktschreier kaum wollen. Lassen wir also Meinungsvielfalt zu, und hören wir auf, Unterstützer von Traditionen als Rassisten zu bezeichnen. Das spaltet ansonsten unser Land unnötig.

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt

R(h)einschrift

Walter Roderer, ein überzeugter Schweizer



von Markus Eckstein, Goldach SG

Dieses Jahr wäre der beliebte Volksschauspieler Walter Roderer 100 Jahre alt geworden. Diesen Wunsch hat ihm das Schicksal verweigert. «Rodi», wie ihn seine Freunde nannten, würde ich als grossen Schweizer bezeichnen. Warum?

Zum einen war er in seinem Beruf ein absoluter Profi und Perfektionist, nie zufrieden mit sich selbst. Seine «Tüpfelschiesserei» war ebenso legendär wie seine absolute Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit – auch Ausdruck von Höflichkeit und Respekt vor dem Gegenüber. Diese Eigenschaften gelten oder galten als «typisch schweizerisch» – nicht zuletzt auch als Voraussetzung für Erfolg, Wohlstand und politische Stabilität unseres Landes. Rodi musste den schüchternen «Bünzli», den «Herr Schüch» oder den von Selbstzweifeln verunsicherten Buchhalter «Nötzli», eine seiner legendären Rollen, nicht spielen. Rodi war Nötzli.

Dabei blieb es nicht. Rodi war mit seinem wandern- den Kleintheater auch ein sehr erfolgreicher Unternehmer. Er schaffte das Kunststück, in einer Branche, die es normalerweise ohne Subventionen gar nicht gibt, im freien Wettbewerb künstlerischen und wirtschaftlichen Erfolg zu haben. Er war ein bescheidener Macher, kein aufgeblasener «Schnorri» und Angeber. Und er war mutig und damit unter Künstlern eine Ausnahme. Wie warnte doch der legendäre Jazzmusiker

Hazy Osterwald: Äussere dich nie politisch, sonst verlierst du dein halbes Publikum.



Weil der Patriot Rodi über allgemeine, geschichtliche und politische Bildung verfügte, erkannte er, dass der EWR nicht nur Trainingslager für den EU-Beitritt, sondern der Anfang vom Ende der neutralen, selbstbestimmten, föderalistischen und direktdemokratischen Schweiz gewesen wäre. Und weil er mutig war, hat er sich als einziger bekannter Künstler im Abstimmungskampf gegen den EWR/EU-Beitritt engagiert. Seine Beliebtheit und sein hohes Ansehen könnten beim knappen Abstimmungsergebnis das Zünglein an der Waage gespielt haben.

Dass Rodi einen Bentley fuhr, mit Christoph Blocher befreundet war und es dank seiner Tüchtigkeit zum mehrfachen Millionär gebracht hatte, machte ihn zum Neid- und Hassobjekt der subventionierten linken Staatskünstler, der Heimatmüden und Ausverkäufer der Schweiz. Rodi war ein unvergesslicher Künstler und ein grosser Patriot. Ehre seinem Andenken.

Markus Eckstein



Das Büro Ha deckt auf!



Es gibt nichts zu beschönigen. Das Vorgehen der US-Polizisten entspricht weder der Ausbildung noch der Verhältnismässigkeit. Darüber ist aber noch nirgends berichtet worden: Es dürfte sicher sein, dass die Polizisten den Täter wiedererkannt haben. Er hat ein «umfassendes» Vorstrafenregister, wollte an diesem Tag mit einer gefälschten Note bezahlen und sass wegen einem bewaffneten Raubüberfall und anderen Delikten etliche Jahre im Gefängnis. Keine Entschuldigung – aber eine Erklärung.

Hier noch einige Zahlen, sie stammen vom schwarzen Ökonomen Glenn Loury, em. Professor an der Harvard-Universität: Die Schwarzen stellen in den USA 15 Prozent der Bevölkerung aber 40 Prozent der Gefängnisinsassen. 2019 hat die US-Polizei bei Aktionen 370 Weisse, 235 Schwarze sowie 158 Spanischstämmige erschossen. Täglich gibt es in den USA über 3'000 Verbrechen! Ist das «Rassismus»? Und jetzt wird eines davon dafür missbraucht, um weltweit Chaos zu stiften. Demonstrieren ist ein Grundrecht, nicht aber das Recht auf Plünderung, Abfackeln und Morden.

Tis Hagmann

Churz & Bündig

Ist der, welcher – statistisch einwandfrei belegt – darauf hinweist, dass 71 Prozent der in Schweizer Strafanstalten einsitzenden verurteilten Straftäter Ausländer sind, neuerdings bereits ein Rassist?

*

Es gibt in der Schweiz nebst der Eidgenössischen Rassismus-Kommission inzwischen nicht weniger als 22 kantonale, regionale und städtische Rassismus-Fachstellen. Je mehr es gibt, desto rasanter nehmen die «Rassismus-Vorfälle» zu. Etwa deshalb, damit die Funktionäre in den 22 Fachstellen sich selbst beweisen können, wie unverzichtbar notwendig sie seien?

*

Den Kirchgängern hat man das Singen verboten. Wenn Frauen-Demonstrantinnen und sogenannte «Antirassisten» hordenweise über Plätze und durch Strassen brüllen, unternehmen die Behörden – rein gar nichts!

Rechtsgleichheit in Jahren links-grüner Mehrheit.

www.schweizerzeit.ch

Folgen der Zuwanderungsexplosion

Gefährdete Unabhängigkeit

In dieser Serie legen wir Ihnen Fakten vor, die beweisen, welche negativen Auswirkungen die unkontrollierte Masseneinwanderung der Schweiz in den letzten Jahren beschert hat – und weiter beschern wird, wenn die Stimmbevölkerung am 27. September 2020 der Begrenzungsinitiative der SVP nicht zustimmen wird:

Tiefe Selbstversorgung

Der Selbstversorgungsgrad (Verhältnis der Inlandproduktion zum inländischen Gesamtverbrauch) der Schweiz betrug im Jahr 2017 nur noch 59 Prozent. Um die eigene Bevölkerung in Krisenzeiten bestmöglich mit Lebensmitteln versorgen zu können, ist ein Wert anzustreben, der nahe bei 100 Prozent liegt. Zum Vergleich: Zur Zeit des Zweiten Weltkriegs konnte der Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Lebensmitteln von 1940 bis 1945 infolge der «Anbauschlacht» (Plan Wahlen) von 52 auf 70 Prozent gesteigert werden. Dazu wurden hunderttausende Hektaren Kulturland zu Ackerflächen umgenutzt – Landflächen, die heute aufgrund jahrelanger Masseneinwanderung immer weniger zur Verfügung stünden, sollte unser Land dereinst von einer erneuten existenziellen Krise getroffen werden.

Massiv weniger Nutzflächen

Die landwirtschaftliche Nutzfläche der Schweiz ist allein von 1997 bis 2019 um über 31 Prozent geschrumpft – auf heute noch 10'400 km². Dagegen hat die Siedlungsfläche von 1997 bis 2009 um 9,2 Prozent zugenommen, was der Fläche des Kantons Nidwalden entspricht. Schliesslich müssen die über 1,1 Millionen Ausländer, um welche die Gesamtbevölkerung zwischen 1997 und 2018 zugenommen hat, irgendwo untergebracht werden. Wenn die Bevölkerung der Schweiz infolge der Personenfreizügigkeit immer stärker wächst (auf über 8,6 Millionen im Jahr 2020) und das ganze Land laufend zubetoniert wird, wird es logischerweise massiv schwerer, im Krisenfall immer mehr Menschen mit immer weniger Landwirtschaftsfläche zu versorgen.

Fortschritte im Energiebericht «aufgefressen»

Die exorbitante Einwanderung aus den EU-Staaten macht nebst der Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit auch Fortschritte im Energiebereich zunichte. So geschehen in der Vergangenheit: Zwischen 2000 und 2018 hat der Energieverbrauch pro Kopf, hauptsächlich bedingt durch den technischen Fortschritt, um 18,8 Prozent abgenommen. Weil die Gesamtbevölkerung in dieser Zeit um 1,3 Millionen Einwohner gewachsen ist (hauptsächlich wegen der Masseneinwanderung), wurde gesamthaft bloss 1,9 Prozent weniger Energie verbraucht.

Anian Liebrand



Arbeitslosigkeit

- Der vom Bundesrat in der Corona-Krise verfügte Stillstand der Wirtschaft hat dazu geführt, dass mittlerweile rund 156'000 Schweizer Arbeitnehmende ohne Stelle sind.
- Unternehmen haben mehr als 1,9 Millionen Personen für Kurzarbeit angemeldet, dies entspricht 37 Prozent der Beschäftigten.
- Über 780'000 Frauen und Männer sind in Kurzarbeit, viele von ihnen werden wohl ihre Stelle verlieren.
- Doch statt Arbeitsplätze für die eigene Bevölkerung zu sichern, hält der Bundesrat selbst in der grössten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg an der Personenfreizügigkeit fest. Allein im April drängten rund 10'000 neue EU-Ausländer auf den Schweizer Arbeitsmarkt.

(SVP, 9.6.2020)

**Nur eine Massnahme kann diese
verheerende Entwicklung stoppen:**

Ja zur Begrenzungs-Initiative

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 49)

Damals in der SVP

von Hans Fehr, a. Nationalrat, Eglisau ZH



Die bereits erwähnte Rede von Christoph Blocher vom 21. Juni 1997 im Berner Kursaal zum Thema «**Die Schweiz und der Eizenstat-Bericht**» (SZ Nr. 11/2020) war auch darum von grösster Bedeutung, weil sie den Angriff auf unsere angeblich «unmoralische Neutralität» im Zeiten Weltkrieg überzeugend gekontert hat. Blochers **Kernargumente** aus dieser historischen Rede lauten wie folgt:

Bewaffnete Neutralität: Dass es sich bei der Schweizerischen Neutralität um eine bewaffnete Neutralität handelte, die von 800'000 Wehrmännern verteidigt wurde, erwähnt der amerikanische Staatssekretär Stuart Eizenstat mit keinem Wort. Er übersieht, dass dies keine momentane, opportunistische Haltung im Zweiten Weltkrieg war, sondern eine historische und völkerrechtlich fundierte Staatsmaxime, die im 16. Jahrhundert nach Marignano begann, seit dem Dreissigjährigen Krieg (1618-48) eingehalten wurde und seit dem Wiener Kongress von 1815 integrierender Bestandteil des internationalen Völkerrechts ist.

Nicht-Beteiligung am Krieg als «Fehler»? Heute wird der Schweiz geradezu als Fehler vorgeworfen, dass sie sich nicht am Krieg beteiligt habe. Bei allem Respekt vor der gewaltigen Leistung der USA und der Alliierten bei der Befreiung Europas dürfen wir nicht vergessen: Die USA waren nach dem Ersten Weltkrieg massgebliche Vordenker des verhängnisvollen Versailler Vertrags, der dem späteren europäischen Kriegsgeschehen den Boden bereitet hat. Selbst nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führten die USA eine Politik der «Nichtkriegsführung». Hätten die Japaner am 7.12.1941 nicht Pearl Harbor angegriffen, so wären die mächtigen USA dem Krieg wohl ebenfalls ferngeblieben. Umgekehrt wäre die Schweiz im Fall eines deutschen Angriffs genauso wie die Vereinigten Staaten in den Krieg eingetreten.

Weltgebrauch der Neutralität: Die neutrale Schweiz war für alle vom Krieg heimgesuchten Völker da. Sie übernahm freiwillig unzählige humanitäre Aktionen und vertrat als Schutzmacht 43 Staaten, welche vier Fünftel der Erdbevölkerung ausmachten. Ohne Neutralität wäre all dies undenkbar gewesen. Auch die Vereinigten Staaten haben unsere Neutralität während des Zweiten Weltkrieges noch durchaus zu schätzen gewusst. Sie betrauten unser Land mit der Wahrnehmung ihrer diplomatischen Interessen gegenüber Deutschland und elf weiteren Feindstaaten. Ebenso vertrauten die USA der Schweiz die weltweite Betreuung ihrer Kriegsgefangenen an. Und sie betrieben auf sicherem Schweizer Boden sogar ihr weitverzweigtes europäisches Spionagenetz. Und nun verunglimpft ein amerikanischer Staatssekretär unsere Neutralität als «unmoralisch»!

Die Neutralität erklären: Es gab und gibt immer Leute – ausserhalb, aber auch innerhalb unseres Landes –, welche die Neutralität ablehnen. Beim Schweizervolk ist die Neutralitätsidee tief verankert, nicht aber bei unseren Politikern, unserer Regierung und bei einigen hohen Militärs. Diese Kreise finden sie eine «zu simple» Antwort auf die zunehmend «komplexe, vernetzte, globalisierte Welt». Dahinter steckt aber wohl eher Unüberlegtheit, Unfähigkeit, Bequemlichkeit, aber auch Grossmannssucht. Die Neutralität zwingt uns, diese Staatsmaxime im Ausland immer wieder zu erklären.

Unkenntnis der Geschichte: Die steife Bise, die uns aus den USA entgegenbläst, beruht zu einem guten Teil auf Unkenntnis der Geschichte und der politischen Eigenart unseres Landes. Es rächt sich heute, dass unsere Aussenpolitik über Jahre wie gebannt nach Brüssel gestarrt und sich vollkommen auf die europäischen Beziehungen fixiert hat. Es gilt heute wieder einmal aufzuzeigen, dass die Schweiz ein föderalistisch aufgebauter Zusammenschluss ehemals weitgehend souveräner Kantone ist. Unser Bund wird (...) einzig durch die gemeinsam durchlebte Geschichte zusammengehalten. Im Zentrum Europas gelegen, musste sich die Schweiz schon in der

Schweizergebete

Ich hab' in Nacht und Sturmwehn
Mein Herz zu Gott erhoben:
Herr, lass mein Land in Ehren stehn!
Sein Banner, schön gewoben
Aus Abendglühn und Firneschein,
Herr, lass es leuchten, stolz und rein!
Des soll mein Mund dich loben.

Der Väter Erbe, schmal und recht,
Ist unser heilig Eigen.
Es wächst ein karg und zäh Geschlecht
Hier in der Berge Schweigen.
Der Ahnen Trotz, der Ahnen Treu
Mach, Herr, in unseren Herzen neu,
Dass wir den Sinn nicht beugen!

Bleib jung, du alter Schweizerbund,
Aus Drang und Kampf entstanden!
Steig auf, du Kraft aus Grat und Grund
Und mach die Not zuschanden!

Alfred Huggenberger

Der in der «Schweizerzeit» vom 21. Mai für den 26. Juni in der Kantonsbibliothek Frauenfeld angesagte Vortrag von Autor Dr. Pirmin Meier über «Bäuerliche Wetterweisheit bei Gotthelf und Huggenberger» muss nach einem Beschluss der Bibliotheksleitung wie alle anderen Veranstaltungen dieses Sommers noch bis auf weiteres verschoben werden.



Alt Bundesrat Hans Schaffner hat während des Zweiten Weltkrieges die Zentralstelle für Kriegswirtschaft geleitet. Er äusserte sich im «Blick» vom 15.7.1997 wie folgt zu den Angriffen auf die Schweiz: «Seid ums Himmels Willen etwas selbstbewusster. Es gilt nur eines: Das Völkerrecht und die Neutralitätspolitik. Und da haben wir uns nicht das Geringste vorzuwerfen. Hört auf, nach Amerika zu wallfahrten – und sprecht nur mit einer Stimme. Die schmalbrüstigen Enkel von heute können noch viel von den Verantwortlichen von damals lernen, was es heisst, gerade zu stehen. Dass in der Flüchtlingspolitik Fehler gemacht wurden, steht schon im hervorragenden Ludwig-Bericht von 1957. Ich wiederhole gerne einen Satz, den ich 1946 geschrieben habe: Wenn es der Schweiz in ihrem Durchhalte- und Daseinskampf gelang, Krieg und Okkupation, Hunger und Not von unseren Grenzen fernzuhalten, so hat sie damit nicht nur sich selber, sondern auch Europa und seinem Wiederaufbau einen Dienst erwiesen.»

Vergangenheit, wenn sie ihre Existenz als Kleinstaat wahren wollte, strikte aus fremden Händen heraushalten.

Unser Schweizer Standpunkt: Der Schweizer Dichter **Carl Spitteler** hat in seiner berühmten Rede «Der Schweizer Standpunkt» gesagt: «Wir müssen uns eben die Tatsache vor Augen halten, dass im Grunde kein Angehöriger

einer kriegführenden Nation eine neutrale Gesinnung als berechtigt empfindet. Wir wirken auf ihn wie der Gleichgültige in einem Trauerhaus. Da erregt schon unser blosses Dasein Anstoss. Anfänglich wirkt es unangenehm befremdend, allmählich die Geduld reizend, schliesslich widerwärtig, verletzend und beleidigend.»

Spitteler sagte dies im Dezember 1914! Diese Worte gelten auch für den Zweiten Weltkrieg, und sie gelten auch für heute. Fast kommt uns vor, als meine Spitteler einen amerikanischen Staatssekretär der letzten Monate, wenn er von Stimmen und Schriften spricht, die sich vom Ausland her an uns richten, «meist überlaut, öfters im Kommandoton, mitunter geradezu furibund.» Desgleichen verfehle das Ziel. «Haben denn die Herren die Fühlhörner verloren, dass sie nicht mehr spüren, wie man zu andern Völkern spricht und nicht spricht?»

Nachdem man in Bundesbern wieder mit einem Beitritt der Schweiz zum Uno-Sicherheitsrat liebäugelt, müssten sich gewisse Damen und Herren wieder einmal das besondere Wesen unserer Neutralität zu eigen machen. Dass wir im Sicherheitsrat letztlich über Krieg und Frieden mitentscheiden müssten, würde unsere Neutralität definitiv zunichte machen.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Samstag, 20. Juni 2020, 09.30 Uhr

Sessionsrückblick

Öffentlicher Termin mit SVP-Nationalrat Peter Keller, Hergiswil/NW
Restaurant Adler, Seestrasse 7, 6052 Hergiswil/NW

Freitag, 24. Juli 2020, 10.30 – 15.30 Uhr

Eine Veranstaltung zur Schlacht bei Murten

Spurensuche mit Dr. phil. Jürg Stüssi-Lauterburg, Historiker, Windisch/AG
Treffpunkt: Bern (nähere Angaben folgen)
Veranstalter: gilets-rouges.ch, auns.ch

Mittwoch, 26. August 2020, 19.15 Uhr

Das Verschwinden der Schweizer

Vortrag von Dudo Erny, Publizist
Bern (Details folgen), Veranstalterin: «Schweizerzeit»

Donnerstag, 27. August 2020, 19.30 Uhr

«Ja zur Schweiz»

Mutiert die Schweiz zur linksgrünen Volksrepublik?
Vortrag von Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit»
Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit, Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel/SG

Samstag, 29. August 2020, 10.30 – 15.30 Uhr

Auns-GV

34. ordentliche Mitgliederversammlung
Mehrzweckhalle Kaserne Bern, Papiermühlestrasse 13, 3014 Bern

Mittwoch, 9. September 2020, 19.15 Uhr

Das Verschwinden der Schweizer

Vortrag von Dudo Erny, Publizist – Stiftung zum Glockenhaus,
Sihlstrasse 33, 8001 Zürich, Veranstalterin: «Schweizerzeit»

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.

Preis bis Ende 2020: Fr. 40.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

BESTSELLER

Büchertisch

AKTUELL



Bin ich denn der Einzige hier, wo Deutsch kann?

Über den Niedergang unserer Sprache

Andreas Hock

Erschreckend, in welchem Tempo korrektes Deutsch aus Alltag, aus Schulen, Medien und Politik verschwindet. Ein Autor, der die deutsche Sprache beherrscht, nimmt eine Bestandesaufnahme vor, welche Leser erschauern lässt: Die deutsche Sprache ist durch dem EU-Zentralismus verfallene Bildungsfunktionäre zum Auslaufmodell verkommen. Die Schulen legen kaum mehr Wert auf korrekte Ausdrucksweise – geschweige denn auf korrektes, lesbares Schreiben. Eine schockierende Auslegeordnung.

Riva, München 2014, 186 S., Brosch., (Richtpreis Fr. 14.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 13.80



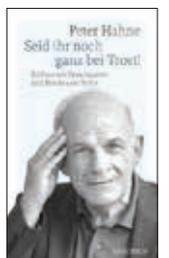
Die bürgerliche Revolution

Wie wir unsere Freiheit und unseren Wohlstand erhalten

Markus Krall

Wir bezeichnen das neue Buch des deutschen Publizisten Markus Krall mit Überzeugung als «Buch des Jahres». Eine beklemmend zeitnah präsentierte, glänzend formulierte Lagebeurteilung zur Entwicklung in Deutschland, in der EU und über deren Grenzen weit hinaus. Wer das Buch zur Hand nimmt, verschlingt es. In der zweiten Lesung studiert er danach Kapitel um Kapitel. Denn der im Buch behandelte Stoff lebt von einer Fülle von Informationen, die man in vergleichbarer Dichte anderswo kaum findet.

LangenMüller/Herbig, Stuttgart 2020, 267 S., geb.,
(Richtpreis Fr. 30.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.–



Seid ihr noch ganz bei Trost!

Schluss mit Sprachpolizei und Bürokraten-Terror

Peter Hahne

Während die Welt einer den ganzen Erdball erfassenden Wirtschaftskrise entgegentaumelt, gibt es hierzulande «Fachpersonen», die noch immer – im Dienste angeblicher Genderngerechtigkeit – Sprachpolizei zu spielen sich anmassen. Andere huldigen einem angeblichen «Klimaschutz», der für sie Religionsersatz zu sein scheint. Der Autor beschreibt nicht nur die Exzesse spitzfindiger Rechthaberei, er entlarvt entsprechende Zeiterscheinungen und deren Bürokratisierung vielmehr als das, was sie sind: Schwachsinn!

Quadrige/Bastei Lübbe, Köln 2020, 128 S., geb.,
(Richtpreis Fr. 17.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 16.60



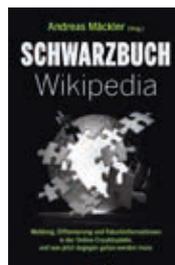
Spygate

Der Putsch des Establishments gegen Donald Trump

Helmut Roewer

Der Umgang der Medienmacher mit dem amerikanischen Präsidenten wird von Monat zu Monat krankhafter. Was immer Trump macht oder zu machen unterlässt – mit Sicherheit wird es als Exzess eines Extremisten gebrandmarkt und gezeißelt. Der Kampf der Medien gegen Trump hat längst hysterische Formen angenommen – oft weitab von der Wirklichkeit. Ein neues Buch verhilft dem Leser, zwischen Anschuldigungen, Unterstellungen und Tatsachen klar zu unterscheiden. Das Buch erklärt damit auch, weshalb Trump in den USA weiterhin grosse Zustimmung erfährt.

Kopp, Rottenburg 2020, 176 S., geb., ill.,
(Richtpreis Fr. 27.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.50



Schwarzbuch Wikipedia

Mobbing, Diffamierung und Falschinformation in der Online-Enzyklopädie

Andreas Mäckler (Hrsg.)

Wer irgend etwas wissen will, schlägt online nach bei Wikipedia. Und manchmal (allzu selten) kommt die Frage auf: Wie kommen die Wikipedia-Einträge überhaupt zustande? Wer verfasst sie? Wer überprüft sie? Bemühen sie sich um Objektivität? Sind sie tendenziös? In welcher Hinsicht tendenziös? Welche Kräfte bestimmen die Tendenz? Höchste Zeit, sich über all diese Fragen Klarheit zu verschaffen. Denn Wikipedia bestimmt wesentlich, was Medien berichten.

Zeitgeist, Hör-Grenzhausen 2020, 364 S., brosch.,
(Richtpreis Fr. 27.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.50



Neues aus Absurdistan

Sind wir noch zu retten?

Luc Bürgin

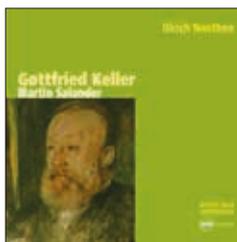
Der Einleitungstext zum Buch sagt eigentlich schon alles: «Wie intelligent ist eine Gesellschaft, die im Krisenfall nicht Grundnahrungsmittel hamstert, sondern Toilettenpapier?» Der Autor präsentiert eine wahre Fülle ähnlicher, teils groteskerer, vielfach eigentlich aus Denkfaulheit gewachsener Absurditäten aus dem Polit-Alltag. Das Hinterfragen ihres Zustandekommens vermittelt interessante Zusammenhänge. Information und Unterhaltung in ein und demselben Buch.

Kopp, Rottenburg 2020, 151 S., geb.,
(Richtpreis Fr. 17.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 17.–

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Martin Salander

Gottfried Keller

Nachdem der Sinus-Verlag in Kilchberg ZH das Gesamtwerk Conrad Ferdinand Meyers auf Hörbüchern herausgegeben hat, erscheinen von Sinus jetzt Etappe um Etappe die Werke Gottfried Kellers.

Seit kurzem ist der Roman «Martin Salander» greifbar.

Ein eindrückliches Werk, eine tiefgreifende, Hörer und Leser packende Auseinandersetzung zu politischen Entwicklungen in der jungen Schweizer Demokratie. Die Bundesverfassung hat Mitte des 19. Jahrhunderts Aufbruchstimmung ausgelöst – aber dann nicht nur blühende Entfaltung von freiem wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Leben bewirkt. Gottfried Keller, Realist, im Alter auch zu Pessimismus neigend, stellt meisterhaft dar, wie auch grossmäulige Aufschneider, selbst betrügerische Konkursiten sich in der jungen Republik in Ämter mischeln können. Diese können entlarvt werden – aber nur, wenn jede Generation ihre selbstlose Leistung für die Allgemeinheit immer von neuem wieder unter Beweis stellt.

Sinus-Verlag, Kilchberg 2020, 2 MP3-CDs, Laufzeit 770 Min., 2 Textbücher (Richtpreis Fr. 59.80)

Ihr Preis bei Schweizerzeit: Fr. 53.80

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger

BUCHZEICHEN



Irrungen und Wirrungen Europas

Mensch und Masse in der modernen Gesellschaft

Slavko Leban

Ein Europäer, Bürger eines jungen Staates, beurteilt die Entwicklung der Europäischen Union. Als Kroat, stark betroffen von den Kriegen nach dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens, begrüsst der Autor zunächst die EU als Stabilisatorin.

Die anfängliche Begeisterung wich allerdings von Jahr zu Jahr stärkerer Ernüchterung: Idee und Wirklichkeit würden, beklagt und illustriert die Schrift des Kroaten, immer gravierender auseinanderklaffen.

Bürokratismus könne nie und nimmer die Zukunft Europas sein. Europäische Identität beruhe auf eigenständigen Staaten je eigenen Charakters und eigener Kultur – fernab jeglicher Gleichschaltung. Eine interessante Diagnose zu jener Realität, die in Brüssel dominiert.

us

Slavko Leban: «Irrungen und Wirrungen Europas – Mensch und Masse in der modernen Gesellschaft». Ares, Graz 2020, 176 S., brosch., (Richtpreis Fr. 27.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.50

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Andreas Hock – Bin ich denn der Einzigste **à Fr. 13.80**
 Markus Krall – Die bürgerliche Revolution **à Fr. 29.–**
 Peter Hahne – Seid ihr noch ganz bei Trost! **à Fr. 16.60**

Aktuell

- Helmut Roewer – Spygate **à Fr. 26.50**
 Andreas Mäckler – Schwarzbuch Wikipedia **à Fr. 26.50**
 Luc Bürgin – Neues aus Absurdistan **à Fr. 17.–**

Hörbuch

- Gottfried Keller – Martin Salander **à Fr. 53.80**

Buchzeichen

- Slavko Leban – Irrungen u. Wirrungen Europas **à Fr. 26.50**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(12/19.06.2020)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 19. Juni 2020	Magazin	Ehe für alle: Angriff auf die Familie? Anian Liebrand im Gespräch mit Regula Lehmann, Elterncoach und Leiterin Familienprojekte der Stiftung Zukunft CH, und Marcel Wittwer, Vizepräsident EDU Kanton Thurgau
Freitag, 26. Juni 2020	Stammtisch	Wirtschaft, Wirtschaftskrise und Handlungsfreiheit Hans Bieri, Präsident Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft SVIL
Freitag, 3. Juli 2020	Landmann-Talk	Kampf gegen die Hydra – Giampiero Antognazza Valentin Landmann im Interview mit Giampiero Antognazza
Freitag, 10. Juli 2020	Magazin	SVP-Mitglieder, die es nicht geben dürfte – Wo Links-Grün an die Toleranzgrenze gelangt. Leitung: Anian Liebrand



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

3. Juli 2020

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melz, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Blütezeit der Denunzianten

Denunzianten sind laut Duden Menschen, die «aus persönlichen niedrigen Beweggründen» nicht genehme Personen, Unternehmen oder Inhalte «als negativ hinstellen» beziehungsweise «öffentlich verurteilen». Umgangssprachlich und von der Wortbedeutung her setzen wir denunzieren auch mit anschwärzen oder beschmutzen gleich.

Was jeden Denunzianten ausmacht: Sein Treiben folgt destruktiven, böartigen Handlungsmotiven. Der Denunziant will Schlechtes bewirken. Er will zerstören, anderen schaden. Er will, dass andere ihre Arbeit oder ihr gesellschaftliches Ansehen verlieren. Bevorzugt agiert er zu diesen Zwecken aus dem Hinterhalt heraus und verbirgt sich in der Anonymität.

Denunzianten gibt es vermutlich seit Menschengedenken. Negative Gefühle – Missgunst, Hass und Neid – gegenüber Mitmenschen zu hegen, kontrastiert leider sämtliche aufbauenden Wertegefüge, die sich im Laufe der Jahrtausende in unterschiedlichen Ausprägungen entwickelt haben. Noch jede Gesellschaftsordnung hatte ihre destruktiven Elemente: Sowohl die alten Ägypter, die Römer als auch die Wikinger.

In der späten Phase von «Bunt-Europa», wie ich die von Political Correctness und Heuchelei verseuchte Gegenwart unseres

Kontinents gerne nenne, erleben die Denunzianten gerade ihre Blütezeit. In dieser Unzeit hat es ein anonymer Twitter-Denunziant tatsächlich geschafft, dass eine einst so stolze Genossenschaft wie die Migros den beliebten Dubler-Mohrenkopf aus dem Sortiment verbannt hat.

Aber auch die schweizerische Post kuschelt vor dem Zeitgeist, der seine Diktate mit eisigem Wind ins Land weht. Weil die ehemalige Wintersportlerin Mimi Jäger in den sozialen Medien illegale «Blacklivesmatter»-Demos kritisierte, verlautbarte die Post mit einem unterwürfigen Statement, die Zusammenarbeit mit ihr zu kündigen. Ein Schwulen-Aktivist hatte Jäger zuvor denunziert und ihre Werbepartner unter Druck gesetzt. Migros, Post, Coop, Swiss und leider viele mehr: Unsere einstigen Vorzeigebetriebe fallen vor Denunzianten reihenweise auf die Knie und begraben das Recht auf freie Meinungsäusserung.

Die hinterlistigen Angriffe auf traditionelle Kulturgüter und sämtliche öffentlichen Ausdrücke, die konservativem Denken nahekommen, sind kein belangloser Nebenschauplatz. Hier wird Krieg geführt. Ein Guerilla-Krieg «hinter feindlichen Linien». Die Tarnung besteht aus Regenbogen-Wolken und linker Sprachakrobatik.

Anian Liebrand

**Schluss
Punkt**